

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2017 in der Rückblende	4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	4
Aus der Grossratsfraktion	6
Zusammenfassungen Vernehmlassungen	12
Die SVP im Netz	15
III. Tätigkeitsberichte	16
Parteiorgane	16
Geschäftsleitung	16
Parteivorstand	16
Delegiertenversammlungen	16
Fachkommissionen	17
Finanzkommission (FiKo)	17
Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)	19
Bildungskommission (BiK)	19
Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)	20
Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)	20
Sicherheitskommission (SiK)	22
SVP Frauen Kanton Bern	23
JSVP Kanton Bern	24
SVP Senioren Kanton Bern	25
Landesteile	26
Jura bernois	26
Biel-Seeland	28
Emmental	28
Obenaargau	29
Bern-Mittelland	30
Thun	31
Oberland	32
Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft	34
Obergericht	34
Verwaltungsgericht	36
Generalstaatsanwaltschaft	37

IV. Organisation / Personelles	39
Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane	39
Geschäftsleitung (GL)	39
Parteivorstand (PV)	39
Grossratsfraktion	40
Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2017)	41
Mitglieder des Parteivorstandes	41
Mitglieder der Parteileitung	41
Mitglied des Parteileitungsausschusses	41
Regierungsmitglieder	41
Parteisekretariat	41
Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“	41
Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern	42
Unsere Verstorbenen	43
V. Schlusswort der Geschäftsführerin	44
Die Partei in Zahlen	45

I. Vorwort des Präsidenten

Das politische Jahr 2017 war geprägt von Abstimmungskämpfen und Gemeindevahlen. Zudem war mit dem Entlastungspaket 2018 im Grossen Rat bereits der erste Effekt der bürgerlichen Mehrheit im Regierungsrat spürbar. Nach der katastrophalen Bilanz der 10jährigen rot-grünen Regierung im Kanton Bern ist somit der erste Schritt in Richtung Korrektur getan. Pierre Alain Schnegg hat sich rasch in seine Direktion eingearbeitet und wichtige Entscheide zum Wohle des Kantons Bern gefällt. Regierungsrat Christoph Neuhaus wurde mit der Strukturanpassung der Berner Regierung beauftragt und kann da den nötigen Einfluss für eine effizient strukturierte und bürgerfreundliche Verwaltung wahrnehmen.

Die politische Arbeit der bernischen SVP ist aber zurzeit nicht einfach. Die Bilanz zu den Kommunalwahlen 2017 ist eher durchzogen. In einigen Gemeinden konnte die SVP stark zulegen, in anderen haben wir an Wähleranteil verloren oder sind gar nicht zu den Wahlen angetreten. Es muss unser Ziel sein, in der kleinsten politischen Zelle sowohl als Partei präsent zu sein als auch bei den Wahlen anzutreten. Dabei gilt es insbesondere bei Stabsübergaben, wie sie in diesem Jahr in etlichen Bereichen vorgenommen wurden, den Know-How-Verlust klein zu halten und den Schwung des Neuen zu nutzen. Die Stärken der SVP, den ganzen Kanton abzudecken und Einfluss nehmen, dürfen wir nicht verlieren. Ich danke allen, die sich für die Sektionsarbeit engagieren und/oder sogar eine Sektion neu gründen. Danke für den wichtigen Einsatz!

Bereits 2017 mussten die ersten Weichen für die Regierungswahlen 2018 gestellt werden. Die bürgerlichen Parteien haben entschieden, erneut unter der Leitung der SVP gemeinsam in den Regierungswahlkampf einzusteigen, um die bürgerliche Mehrheit zu verteidigen. Dank grosser Unterstützung aus verschiedenen Kreisen konnten wir eine solide Kampagne planen. Die Delegiertenversammlung der SVP hat unsere Regierungsräte Christoph Neuhaus und Pierre Alain Schnegg einstimmig nominiert. Zudem wurden 241 SVP-Kandidatinnen und -Kandidaten für die Grossratswahlen in den Wahlkreisen nominiert und an der kantonalbernischen Delegiertenversammlung feierlich ins Rennen geschickt. Wenn wir unsere Stärke im Grossen Rat halten und ausbauen wollen, muss es uns gelingen, zusätzliche Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Ich danke allen Kandidierenden, den Sektionen und den Wahlkomitees für das grosse Engagement bestens.

Die SVP hat eine sehr motivierte Basis, die bereit ist, für die Werte der SVP im Interesse unseres Landes und unserer Gesellschaft zu kämpfen. Das macht mich zuversichtlich, dass wir auch erfolgreich aus den nächsten Wahlkämpfen hervorgehen können. Sie alle leisten dazu einen grossen und wichtigen Beitrag, und dafür möchte ich Ihnen sehr herzlich danken.

Nationalrat Werner Salzmann, Parteipräsident, Mülchi

II. Das Jahr 2017 in der Rückblende

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

12. Februar 2017

Eidgenössisch

Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'499'627	982'844	60.4	39.6
Kanton Bern	195'868	120'514	61.9	38.1
Stimmbeteiligung: 46.8% (CH), 43.4% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: JA	

Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'503'746	923'783	61.9	38.1
Kanton Bern	183'610	127'003	59.1	40.9
Stimmbeteiligung: 46.6% (CH), 43.4% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: JA	

Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	989'311	1'428'162	40.9	59.1
Kanton Bern	97'798	212'172	31.6	68.4
Stimmbeteiligung: 46.6% (CH), 43.4% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: NEIN	

21. Mai 2017

Eidgenössisch

Energiegesetz

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'322'263	949'053	58.2	41.8
Kanton Bern	166'089	132'933	55.5	44.5
Stimmbeteiligung: 43.0% (CH), 41.1% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: JA	

Kantonal

Beschluss des Grossen Rates zum Projektierungskredit für die Verkehrsanie- rung Aarwangen – Langenthal Nord

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	166'301	110'274	60.1	39.9
Stimmbeteiligung: 40.5%				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volkentscheid: JA	

Beschluss des Grossen Rates zum Kredit für die Asylsozialhilfe 2016-2019

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	132'697	157'592	45.7	54.3
Stimmbeteiligung: 40.5%				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volkentscheid: NEIN	



24. September 2017

Eidgenössisch

Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'943'180	524'919	78.7	21.3
Kanton Bern	247'792	78'112	76.0	24.0
Stimmbeteiligung: 47.1% (CH), 45.4% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volkentscheid: JA	

Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'254'795	1'257'156	50.0	50.0
Kanton Bern	175'035	155'500	53.0	47.0
Stimmeteiligung: 47.4% (CH), 45.4% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: NEIN	

Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'186'203	1'320'952	47.3	52.7
Kanton Bern	165'019	164'988	50.0	50.0
Stimmeteiligung: 47.4% (CH), 45.4% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: NEIN	

Aus der Grossratsfraktion

Das von der Finanzdirektorin im Herbst 2016 angekündigte Entlastungspaket wurde zwar erst in der Novembersession 2017 beraten, es war aber während dem gesamten Berichtsjahr immer wieder ein Thema und überschattete die Debatten im Grossen Rat, inklusive Demonstrationen vor dem Rathaus und JUSO-Trillerpfeifenkonzert auf der Zuschauertribüne. Jede Session brachte aber auch ihre eigenen, wichtigen Geschäfte, die es zu beraten galt.

Weiter war mindestens ab dem zweiten Halbjahr bereits spürbar, dass im März 2018 kantonale Wahlen stattfinden. Die links-grüne Seite sparte nicht mit Angriffen auf die beiden SVP-Regierungsräte, die diese aber gekonnt parierten.

Januarsession

Die Januarsession 2017 wurde benötigt, um den Berg an unbehandelten Vorstössen abzubauen zu können. Sie dauerte allerdings nur von Montagnachmittag bis Mittwochvormittag, weshalb die berechnete Frage gestellt wurde, ob es mit einer besseren Planung nicht möglich gewesen wäre, auf die Session zu verzichten. Immerhin konnte aber aufgrund des zeitweiligen Ausfalls der elektronischen Abstimmungsanlage ein Ausflug in die Vergangenheit gemacht werden: Am letzten Sessionsvormittag mussten wie in früheren Zeiten die Abstimmungsergebnisse mittels Aufstehen ermittelt werden.

Personelles

Verena Aebischer, Riffenmatt, wurde als Nachfolgerin von Ueli Studer vereidigt, der Ende November 2016 aus dem Grossen Rat zurückgetreten war.

Daniel Bichsel wurde zum Nachfolger von Jürg Iseli als Präsident der Finanzkommission (FiKo) gewählt. Raphael Lanz wurde zum Nachfolger von Jürg Iseli als Mitglied der FiKo gewählt. Verena Aebischer wurde zur Nachfolgerin von Raphael Lanz als Mitglied der Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) gewählt. Hugo Kummer wurde zum Nachfolger von Peter Studer

als Ersatzmitglied der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) gewählt.

Verhandlungen

Ein wichtiger Vorstoss aus den Reihen der SVP wurde angenommen, der verlangt, dass der Regierungsrat beim Bund interveniert, sodass die bisherige bernische Bewilligungspraxis zur Zulässigkeit von Erweiterungen bestehender Bauten ausserhalb der Bauzone beibehalten werden kann. Gleich mehrere Vorstösse von links-grüner Seite waren zu beraten, die den kantonalen Pensionskassen impraktikable Auflagen machen wollten betreffend Anlage der Pensionskassengelder nach sogenannten ethischen Vorgaben. Ein weiterer Vorstoss wollte es verhindern, dass öffentlich-rechtliche Institutionen wie die BKW in die Gewinnung fossiler Energien investieren können. Die Vorstösse konnten abgelehnt oder zumindest abgeschrieben werden. Ebenfalls verhindert werden konnte ein „Evergreen“, und zwar die zum wiederholten Male geforderte Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle. Aufgrund eines gewandelten Vorstosses aus den Reihen der SVP muss eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen geprüft werden, sodass sich die Bewährungshilfeangebote auf das Strafgesetzbuch und die Angebote der anderen Kantone beschränken.

Entgegen dem Willen der SVP wurde ein Vorstoss abgelehnt, der die Einsetzung einer Begleitgruppe betreffend Standort des RBS-Depots Bätterkinden verlangt hatte.

Märzsession

Verhandlungen

Das wichtigste und auch medial am meisten beachtete Geschäft war der Grossratsbeschluss zur Initiative „Keine Steuergelder für die Berner Reithalle!“. Die Beschlüsse fielen gegen den Willen der SVP aus, der Grosse Rat entschied entgegen dem Grundsatz „Im Zweifel für das Volksrecht“, die Initiative sei ungültig. Die Initianten haben diesen Entscheid an das Bundesgericht weitergezogen, das Urteil steht noch aus.

Ebenfalls wichtig war das Dekret über die allgemeine Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und Wasserkräfte AND. Leider wurde der SVP-Antrag auf Rückweisung abgelehnt, der das AND gemeinsam mit der nächsten Steuergesetzrevision beraten wollte. Immerhin setzte sich dann aber der etwas moderatere Antrag durch und die Mehrbelastung der Hauseigentümer ist geringer, als dies der Regierungsrat und die Ratslinie gewollt hatten. Im Sinne der SVP wurde ein Vorstoss nicht abgeschrieben bzw. als Postulat angenommen, der verlangt, dass Fahrende zwingend die vorhandenen Transitplätze nutzen müssen, sofern sie nicht die Erlaubnis zur Benutzung eines Grundstücks erhalten haben, und dass die Polizei das Recht zur sofortigen Wegweisung erhalten, wenn ein Privateigentümer oder ein Gemeinwesen dies verlangt.

Die Entscheide betreffend Änderung des Abfallgesetzes im Zusammenhang mit der Sanierung der Schiessanlagen fielen im Sinne der SVP aus. Dasselbe gilt für die Beratung des Berichts zur Evaluation der Justizreform und für die Beschlüsse zum Tourismusentwicklungsgesetz. Auch die Entscheide zur Versor-

gungsplanung gemäss Spitalversorgungsgesetz entsprachen bis auf eine Ausnahme dem Willen der SVP. Zu reden gab der Kredit für das neue Polizeizentrum in Köniz Juch. Insbesondere die massive Kostensteigerung von zuerst 42.5 Mio. auf zuletzt 270 Mio. wurde kritisiert. Sie wurde von der Baudirektorin zwar damit begründet, dass zuerst ein Mietprojekt angedacht war, wohingegen nun ein eigenes Gebäude erstellt werden soll, die SVP lehnte den Kredit aber in der Mehrheit dennoch ab, dies indes erfolglos. Ein weiteres bedeutsames Kreditgeschäft war der Kantonsbeitrag für den Ausbau und die Standortsicherung der Empa Thun, der angenommen wurde. Gegen den Willen der SVP wurde die Forderung abgeschrieben, dass beim Auffinden einer archäologischen Stätte eine Interessenabwägung getroffen werden muss zwischen den archäologischen Interessen und den öffentlichen/privaten Interessen an der Nutzung des Bodens und dass auch die Kosten miteinbezogen werden müssen.

Junisession

Personelles

Carlo Schlatter wurde als Nachfolger von Ueli Jost vereidigt, der auf Ende Mai zurückgetreten war.

Jürg Iseli wurde zum ersten Vizepräsidenten des Grossen Rates gewählt.

Christoph Neuhaus wurde zum Vizepräsidenten des Regierungsrates gewählt.

Patric Poggio wurde zum Regionalrichter gewählt.

Christine Gerber wurde zur Nachfolgerin von Lars Guggisberg als Mitglied der Justizkommission (JuKo) gewählt. Lars Guggisberg wurde zum Nachfolger von Willy Marti als Mitglied der BaK gewählt. Willy Marti wurde zum Nachfolger von Lars Guggisberg als Ersatzmitglied der BaK gewählt. Carlo Schlatter wurde zum Nachfolger von Ueli Jost als Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK) gewählt. Anne Speiser wurde zur Nachfolgerin von Andrea Gschwend als Ersatzmitglied der GSoK gewählt.

Verhandlungen

Ein wichtiges Geschäft war das Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht. Die Bilanz fällt gemischt aus: Zwar konnten Anträge von links-grüner Seite abgewehrt werden, die zu einer Aufweichung geführt hätten, aber es wurden auch Anträge vonseiten der SVP abgelehnt, welche die Einführungsbedingungen verschärft hätten. Ein heiss diskutiertes Geschäft war die Erklärung des Grossen Rates zur Standortkonzentration der Berner Fachhochschule. Die Entscheide fielen schliesslich im Sinne der SVP aus. Ebenfalls sehr kontrovers war das Kreditgeschäft für das Tram Bern-Ostermundigen, wobei weder die Beschlüsse zu den Änderungs- und Rückweisungsanträgen noch die Schlussabstimmung im Sinne der SVP ausfielen. Die Beschlüsse zu den Massnahmenprogrammen zur Wasserstrategie entsprachen hingegen grösstenteils dem Willen der SVP, es war auch einem Vorstoss aus den Reihen der SVP zu verdanken, dass sich der Grosse Rat überhaupt dazu äussern konnte. Auch die Entscheide bei den Kreditgeschäften zum Neubau der Fachhochschulcampus Bern und Biel sowie zum Ersatzneubau des Rindviehstalls des Inforamas Rütli fielen im Sinne der SVP aus. Im Bereich Kinderbetreuung konnten dank überwiesener

Vorstösse verschiedene Verbesserungen erreicht werden. Bei Tagesschulen kann neu die Qualifikation von Betreuungspersonen variabel gestaltet werden und das Betreuungsverhältnis liegt im gleichen Rahmen wie dasjenige des Kindergartens. Kindergartenklassen werden grundsätzlich mit einer Lehrkraft geführt und zusätzliche Betreuung wird durch Klassenhilfen gewährt, während Teamteaching nur mit begründetem Antrag gewährt werden soll. Die Basisstufe soll nur auf begründeten Antrag gewährt werden. Ohne Abschreibung angenommen wurde die Forderung, über alle Direktionen aufzuzeigen, welche Aufgaben abgeschafft oder allenfalls ausgelagert werden könnten, um zumindest einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo zu erreichen. Als Prüfauftrag angenommen wurde eine Forderung aus den Reihen der SVP, dass der Regierungsrat einen Vorschlag unterbreiten muss, mit welchen Anreizen insbesondere Kaderangestellte motiviert werden könnten, im Kanton Bern zu wohnen, damit diese ihre Steuern nicht in Nachbarkantonen zahlen. Ein wichtiges Thema war schliesslich die Hausarztmedizin: Ein Kredit für das Programm „ärztliche Weiterbildung in Hausarztpraxen (Praxisassistenten)“ wurde angenommen sowie ein überparteilicher Vorstoss, der Massnahmen verlangte, damit die 100 zusätzlichen Ausbildungsstellen in der Humanmedizin grösstenteils zugunsten zukünftiger Hausärzte ausfallen.

Septembersession

Verhandlungen

Das meistdiskutierte Geschäft war die Abstimmungsempfehlung des Grossen Rates zur Initiative „Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!“. Die Mehrheit der Fraktion lehnte die Initiative ab, da sie anerkannte, dass das Vorgehen zur Einführung des Lehrplans korrekt gewesen und die Stakeholder auf allen Ebenen einbezogen worden waren. 12 der total 19 Ja-Stimmen für die Initiative stammen aus der SVP-Fraktion. Ebenfalls vielbeachtet war das Landeskirchengesetz. Zwar gelang es nicht, die christlich-abendländische Kultur explizit im Gesetz zu verankern, die übrigen Beschlüsse waren aber im Sinne der SVP. Auch das Justizvollzugsgesetz wurde intensiv diskutiert. Die Anträge von links-grüner Seite konnten abgewehrt werden, so dass auch in privaten Einrichtungen Freiheitsstrafen vollzogen werden können, dass die Rechte der Gefangenen nicht unverhältnismässig ausgebaut wurden und dass auch die visuelle Überwachung und Aufzeichnung in Vollzugseinrichtungen und Transportfahrzeugen möglich ist. Im Sinne der SVP fielen die Entscheide zum Regierungsstatthaltergesetz aus, es wurde entschieden, keine zweite Lesung durchzuführen.

Dank zweier überwiesener Vorstösse muss eine Anpassung des Baugesetzes vorgenommen werden, sodass Mehrwertabschöpfungen nicht mehr bereits bei der Um- oder Aufzoning im Zusammenhang mit einer Ortsplanungsrevision, sondern erst im Zeitpunkt einer Realisierung erfolgen. Aufgrund eines weiteren Vorstosses müssen die Datenschutzvorgaben für die kantonalen und kommunalen Behörden insbesondere in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht gelockert werden. Im Sinne der SVP fielen die Entscheide zum Investitionsrahmenkredit Strasse und zur Aktualisierung des Strassennetzplans aus; dank eines Änderungsantrags muss auf unnötige Kreisel oder Strassenumgestaltungsmass-

nahmen verzichtet werden. Dass die Diskussionen rund um die Fachhochschulstandorte auch nach der Erklärung des Grossen Rates zur Standortkonzentration in der Junisession noch nicht verebht sind, zeigte sich daran, dass zwei Vorstösse zum Standort Burgdorf zu beraten waren. Sie konnten überwiesen werden. Abgewehrt werden konnte die Forderung, dass die Netze und Kraftwerke der BKW in eine separate Gesellschaft ausgegliedert und die BKW-Teile Energiehandel und Dienstleistungen in den freien Markt überführt werden müssen. Ein Pflock konnte eingeschlagen werden im Kampf gegen die Zentralisierung: Dank eines Vorstosses aus den Reihen der SVP muss geprüft werden, wie mit der Nutzung dezentraler Arbeitsplätze Pendlerströme vermindert werden können. Abgelehnt bzw. abgeschrieben wurde hingegen ein Vorstoss aus den Reihen der SVP, der die temporäre Schliessung bzw. Abriegelung von Lokalitäten, die bei unbewilligten Demonstrationen Rückzugsorte bilden, verlangt hatte. Leider ebenfalls abgeschrieben wurden zwei Vorstösse aus den Reihen der SVP, die verlangten, dass bei Kreditgeschäften Referendumsfristen eingeplant werden, dass bis zum Entscheid kein Geld des Kredits gebraucht wird sowie dass beim Abschluss mehrjähriger Leistungsverträge eine Kündigung oder Kürzung möglich ist. Die Vorstösse waren nach der gewonnenen Abstimmung zum Asylsozialhilfekredit eingereicht worden, als der Regierungsrat bekannt gab, dass der Kredit trotz des Neins gebraucht würde, da ein Leistungsvertrag vorliege. Aufgrund eines gewandelten Vorstosses aus den Reihen der SVP müssen schliesslich Massnahmen geprüft werden, damit EU-Bürger nicht mehr 50'000 Franken und mehr Sozialhilfe erhalten, bevor sie weggewiesen werden.

Novembersession

Personelles

Samuel Leuenberger wurde als Nachfolger von Christian Hadorn vereidigt, der auf Ende September zurückgetreten war. Er wurde zudem als dessen Nachfolger in die Geschäftsprüfungskommission gewählt. Weiter wurde Andrea Gschwend in die GPK gewählt, sie tritt per 1. Januar 2018 die Nachfolge von Samuel Graber an.

Daniel Gerber wurde als Oberrichter gewählt.

Verhandlungen

Das alles dominierende Thema war das Entlastungspaket. Die Linke stellte so viele Anträge, die zudem von etlichen Einzelsprechern mit ähnlich lautenden Voten kommentiert wurden, dass ein SVP-Grossrat richtig feststellte, dass die Beratung zuweilen einer SP-Delegiertenversammlung entsprach. Die Diskussionen wurden so ausufernd geführt, dass entschieden wurde, im Januar eine Kurzsession abzuhalten, weil bei weitem nicht alle Geschäfte beraten werden konnten. Insgesamt verlief die Finanzdebatte gut, der grösste Teil der Sparmassnahmen wurde angenommen und die Mehrheit der Entscheide fiel im Sinne der SVP aus. Die bürgerliche Zusammenarbeit funktionierte grösstenteils. Das Entlastungspaket war Teil einer grösseren Haushaltsdebatte, in welcher auch das Steuergesetz diskutiert wurde. Die meisten Beschlüsse zum Steuergesetz entsprachen der Haltung der SVP. Ebenfalls im Sinne der SVP war die Annah-

me einer Motion, die in der nächsten Revision des Steuergesetzes eine gezielte Senkung der Steuertarife für natürliche Personen verlangt.

Neben der grossen Finanzdebatte war das Sozialhilfegesetz das meistdiskutierte Geschäft. Der grösste Teil der Entscheide fiel im Sinne der SVP aus. Zu hoffen ist, dass die erreichten Verbesserungen auch in der zweiten Lesung erhalten bleiben. Ebenfalls grosse Wellen warfen die Berichte zum Controlling im Bereich Abbau, Deponie, Transporte ADT und zur Evaluation der Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit SARZ. Die Bilanz der Beschlüsse ist bei beiden Berichten gemischt. Auch zu reden gaben schliesslich das BKW-Beteiligungsgesetz und das Kantonale Energiegesetz. Die Beschlüsse zu Ersterem waren grösstenteils im Sinne der SVP, was beim Energiegesetz leider nicht der Fall war. Die SVP lehnte das Gesetz in der Schlussabstimmung ab, da die beschlossenen Eingriffe viel zu weitreichend sind.

Abgelehnt werden konnte die Forderung nach einem Tierschutzanwalt. Weiter konnte, wie bereits in der Septembersession, auch in der Novembersession der wachsenden Zentralisierung ein Riegel geschoben werden mit der Annahme einer Motion aus den Reihen der SVP, die fordert, dass bei künftigen Reformen die regionalen Grundbuchämter und Regierungsstatthalterämter nicht weiter zu zentralisieren sind.

Erneut abgelehnt werden konnte ein Vorstoss, der das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf kantonaler und kommunaler Stufe forderte. Ein weiteres Thema, das immer wieder auf der Traktandenliste erscheint, sind die Transitplätze für Fahrende. In der Novembersession waren zwei diesbezügliche Vorstösse zu beraten, die Beschlüsse fielen nicht im Sinne der SVP aus. Ebenfalls zum wiederholten Male musste über einen Zusatzkredit zur Finanzierung der Unterbringung und Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Asylsuchender beraten werden, und dies notabene nach der erfolgreichen Referendumsabstimmung zum 105-Mio.-Kredit. Leider wurde der Rückweisungsantrag abgelehnt und der Kredit angenommen. Dasselbe gilt für weitere Kredite im Asylbereich.

Madeleine Amstutz, Grossrätin und Fraktionspräsidentin, Sigriswil



Zusammenfassungen Vernehmlassungen

Im Verlaufe des Jahres 2017 hat die SVP Kanton Bern zu folgenden Gesetzgebungsentwürfen im Rahmen der Vernehmlassung Stellung genommen (ausführliche Vernehmlassungsantworten s. www.svp-bern.ch):

BKW-Beteiligungsgesetz (BKWG) (31.01.2017; BVE)

Zwar ist die SVP mit der Schaffung der Rechtsgrundlagen für einen Verkauf von BKW-Anteilen einverstanden, betont aber, dass der Anteil des Kantons an der BKW AG nicht unter die Sperrminorität von 34% fallen darf und dass der jetzige Zeitpunkt nicht der richtige ist, um den Beteiligungsanteil unter 51% zu senken. Zwar wären die Einnahmen aus einem Verkauf willkommen für den Schuldenabbau, aber die Strommarktöffnung ist noch nicht abgeschlossen und es ist unklar, wie es betreffend Stromversorgung weitergeht.

Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG) (Änderung) (31.01.2017, VOL)

Die SVP ist mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden und beurteilt es als sinnvoll, Bestimmungen zum Gewerbe der Pfandleiher in das Gesetz aufzunehmen. Ebenfalls grundsätzlich begrüsst wird die Ausdehnung der Öffnungszeiten an öffentlichen Feiertagen auf Geschäfte in der unteren Altstadt von Bern, wobei festgehalten wird, dass die Wirkung dieser Änderung aufgrund der eidgenössischen Bestimmungen beschränkt wäre.

Richtplan Kanton Bern, Vernehmlassung und öffentliche Mitwirkung zu den Richtplananpassungen 2016 (08.03.2017; JGK)

Die SVP weist einleitend darauf hin, dass betreffend den grundsätzlich berechtigten Schutz des Bodens deutlich über das Ziel hinausgeschossen ist, denn anstatt gezielt fruchtbaren Boden zu schützen und Entwicklungen auf weniger wertvolle Böden hinzulenken, wird die Entwicklung vielerorts abgewürgt. Eine grundsätzliche Anpassung wäre dringend notwendig. Die SVP äussert sich auch konkret zu den vorgelegten Massnahmen. Zu M A_08 wird bemerkt, dass der Grundsatz der Verdichtung und Angliederung an bestehende Siedlungsstrukturen nicht bei allen Gebieten gegeben ist. Bei M B_04 wird betont, dass bei ÖV-Infrastrukturprojekten auf die Qualität der Böden geachtet werden sollte, wobei bezweifelt wird, ob beim RBS Depot Bätterkinden der richtige Standort gewählt wurde. Begrüssst wird die Bezeichnung von EPS mit Potential für Wohnnutzungen. Bei M D_08 lehnt die SVP die Realisierung von Halteplätzen für Fahrende auf bewirtschaftetem Land ab, da es genügend bereits versiegelte Flächen gibt. Wichtig wäre die interkantonale Koordination, da es nicht sein kann, dass andere Kantone ihre Probleme auf den Kanton Bern abwälzen.

Änderung des Gesetzes über das bäuerliche Boden- und Pachtrecht (BPG) (18.04.2017; VOL)

Die SVP weist darauf hin, dass die Diskussion um die Grösse der Landwirtschaftsbetriebe und die SAK als Messgrösse sehr komplex ist. Anpassungen

bei der SAK führen teilweise zu falschen Effekten, denn nicht jede Region und Zone hat betreffend landwirtschaftliche Nutzung dieselben Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Vorgeschlagen wird deshalb, mit der Gesetzesänderung zuzuwarten, bis die Diskussion in den Verbänden geführt worden ist.

Volksschulgesetz (VSG) (Änderung) (16.05.2017; ERZ)

Die SVP hatte sich bereits gegen die Motion gewehrt, welche gefordert hatte, dass der Kanton Bern künftig Beiträge an die Kosten der Gemeinden für Betreuungsangebote während der Ferienzeit leisten kann, und ist deshalb auch mit der vorgeschlagenen Änderungen nicht einverstanden. Es wird bezweifelt, dass das Bedürfnis nach Ferienbetreuungsangeboten von Gemeinden so gross ist, dass sich die Gesetzesänderung rechtfertigt, da diverse Pilotprojekte mangels Interesse abgebrochen worden sind und es bereits eine Vielzahl von Anbietern und Gefässen von Betreuungslösungen gibt. Zudem sollte die Organisation der Ferienbetreuung weiterhin Sache der Eltern und nicht des Kantons sein. Eltern, die ein Ferienbetreuungsangebot wahrnehmen wollen, sollten dieses deshalb wie bisher selbst finanzieren, und Eltern, die die Betreuung selbst organisieren, sollten nicht gezwungen werden, via Steuern für die Ferienbetreuung anderer Kinder aufkommen zu können. Die SVP appelliert in diesem Zusammenhang an die Eigenverantwortung. Bezweifelt werden die postulierten Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auf die Integration. Schliesslich rechtfertigt sich die Gesetzesänderung auch angesichts der finanziellen Situation des Kantons nicht. Sollte die Gesetzesänderung angenommen werden, darf sie nicht einen ersten Schritt darstellen, um die Gemeinden zu verpflichten, Ferienbetreuungsangebote anzubieten.

Änderung des Personalgesetzes (PG) und des Dekrets betreffend die Verfahrenskosten und Verwaltungsgebühren der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (Verfahrenskostendekret, VKD) (15.06.2017, JGK)

Die SVP begrüsst die Revision grundsätzlich, da der Rechtsschutz bei Rechtsstreitigkeiten mit Listenspitälern, -geburtshäusern oder Rettungsdiensten heute unübersichtlich ist. Einverstanden ist sie auch damit, dass Staatshaftungsverfahren nicht mehr im Verfahren auf Erlass einer Verfügung abzuwickeln sind. Als kaum praktikabel wird aber der Passus bezeichnet, wonach das Gericht den Sachverhalt in gewissen Fällen von Amtes wegen festzustellen haben soll. Hier wird eine Verbesserung gefordert.

Konsultationsverfahren Bericht Sonderpädagogik (28.06.2017; ERZ)

Das Konsultationsverfahren wurde in der Form eines Fragebogens durchgeführt. Einverstanden ist die SVP damit, dass neu die Erziehungsdirektion für die Sonderschulbildung zuständig ist. Betreffend standardisiertes Abklärungsverfahren fordert die SVP, auf die Kostenentwicklung zu achten. Kritisiert wird, dass die Gesamtverantwortung für die integrative Sonderschulbildung neu bei der Regelschule liegt, denn es ist zu vermeiden, dass das Bildungsniveau an der Regelschule aufgrund des integrativen Ansatzes sinkt. Ebenfalls eher nicht einverstanden ist die SVP damit, dass Logopädie und Psychomotorik neu in das Grundangebot der Regelschule integriert wird. Betont wird zudem, dass die

Kosten und die Kostenverschiebung vom Kanton auf die Gemeinden detailliert aufgezeigt werden sollten. Vermisst werden Massnahmen, um dem Trend nach immer mehr teuren Sondersettings entgegenzuwirken.

Steuergesetzrevision 2019 (30.06.2017; FIN)

Die SVP zitiert Ausführungen aus der Stellungnahme zur Steuerstrategie, wonach bei Steuern für natürliche Personen dringender Handlungsbedarf besteht, bei der geplanten Steuersenkung für juristische Personen die KMU wenig und das Hauptproblem bei den Finanzen des Kantons das Ausgabenwachstum bleibt. Sie hält mit Bedauern fest, dass diese Ausführungen immer noch gelten und dass auch die vorgelegte Steuergesetzrevision 2019 unbefriedigend ist. Die Senkung der Gewinnsteuern für juristische Personen ist nicht ausreichend, die SVP verlangt eine weitergehende Senkung. Sie wäre bereit, diese Forderung zu überdenken, wenn die Steueranlage für den Kanton gesenkt würde. Deziert wird eine Steuersenkung für natürliche Personen gefordert, denn der Mittelstand und die Spitzenverdiener bezahlen viel zu hohe Steuern. Die SVP erinnert in diesem Zusammenhang an eine überwiesene Planungserklärung und stellt fest, dass sich der Regierungsrat weigert, diese umzusetzen. Kritisiert wird zudem, dass neu sämtliche Photovoltaikanlagen zum unbeweglichen Vermögen gehören sollen, da dies unter anderem zu einem höheren amtlichen Wert führt.

Änderung des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes (KLwG) (25.09.2017; VOL)

Die SVP ist mit den Änderungen zur Umsetzung der Motion „Belegstationen mit Schutzzonen für die Zucht von Bienenköniginnen“ einverstanden, betont aber, dass die involvierten und betroffenen Kreise, insbesondere die Bienenzuchtorganisationen, bei der Erarbeitung der Verordnung miteinbezogen werden müssen. Die Umsetzung hat kostenneutral zu erfolgen.

Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte (29.09.2017; STA)

Die SVP begrüsst die Anpassungen betreffend zweite Wahlgänge bei Majorzwahlen. Mit der Änderung sollen staats- und demokratiepolitisch fragwürdige Urnengänge und damit verbundene unnötige Ausgaben verhindert werden. Die vorgeschlagene Hürde von 3 Prozent der gültigen Stimmen wird als sinnvoll erachtet.

Bericht über die Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) (30.11.2017; FIN)

Die SVP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die mit dem FILAG erfolgten Optimierungen weitgehend die beabsichtigten Wirkungen entfalten konnten. Die Bedeutung des FILAG bleibt hoch. Begrüsst wird, dass die Anzahl der Zentrumsgemeinden und das Gesamtvolumen der Abgeltung der Zentrumslasten nicht erhöht werden sollen. Der Anpassung des Soziallastenindex und dem jährlichen Monitoring wird zugestimmt. Betreffend Lastenausgleich Sozialhilfe wird festgehalten, dass das aufgehobene Bonus-Malus-System gewisse Wirkungen gehabt hätte. Schliesslich wird als Fazit festgehalten, dass die Auffassung des Regie-

rungsrats geteilt wird, dass keine grundlegenden Änderungen beim FILAG nötig sind.

Gesetz über Massnahmen des Entlastungspakets 2018 (18.12.2017; FIN)

Die SVP stimmt dem Vorgehen zu, das Entlastungspaket mittels Mantelerlass rechtlich umzusetzen. Die Änderung des kantonalen Familienzulagengesetzes wird abgelehnt, da die SVP bereits in der Haushaltsdebatte der Einführung eines Lastenausgleichs nicht zugestimmt hatte. Den Änderungen des Fischereigesetzes und des Gesetzes über Handel und Gewerbe wird hingegen zugestimmt. Kritisiert wird, dass für die Umsetzung der Massnahme betreffend Brückenangebote keine Gesetzesänderung vorgeschlagen wird, dies insbesondere, weil die Massnahme eine umstrittene Lastenverschiebung vom Kanton zu den Gemeinden darstellt.

Einführungsgesetz zur eidgenössischen Krebsregistrierungsgesetzgebung (EG KRG) (19.12.2017; GEF)

Die SVP ist mit der Vorlage einverstanden und begrüsst es ausdrücklich, dass das vorgeschlagene Einführungsgesetz äusserst schlank gehalten ist. Betont wird, dass es zu verhindern gilt, dass mittel- oder langfristig ein teurer Ausbau vorgenommen wird.

Die SVP im Netz

Seit diesem Jahr werden auf der Homepage der SVP Kanton Bern nicht mehr lediglich die Abstimmungsparolen aufgeschaltet, sondern zusätzlich die Referate zu den Abstimmungsvorlagen. Die Besucherinnen und Besucher erhalten damit aus erster Hand und kompakt die wichtigsten Argumente zu den Vorlagen. Die 2016 begonnene Überführung der Sektionshomepages in das neue, extern entwickelte Backend wurde weitergeführt, weitere Schritte in Bezug auf den Webauftritt sind in Diskussion, weil die Online-Aktivitäten der Partei immer stärker von neuen Bedürfnissen geprägt werden. Einerseits ist durch die personellen Wechsel in den Sektionen die automatische Aktualisierung und Benutzerfreundlichkeit der Plattform immer wichtiger, zum anderen gewinnt die Datenthematik an Bedeutung. Nach den kantonalen Wahlen vom März 2018 soll daher eine erneute Standortbestimmung erfolgen.

Die zeitnahe Kommunikation von Aktualitäten verschiebt sich vermehrt in die sozialen Medien Facebook, twitter und Instagram. Aus den Delegiertenversammlungen wird teilweise direkt auf den Facebook-Kanal der SVP Kanton Bern gestreamt. Die Anzahl „Gefällt-mir“-Angaben der Facebook-Seite der Berner SVP www.facebook.com/-SVPUDCKantonBern/ stieg auf bereits hohem Niveau noch einmal und steht neu bei 2726 (+165). Die SP folgt auf Rang zwei mit gerade einmal 1752 Likes (+67), an dritter Stelle steht die FDP (935, +110). Danach folgen die Grünen (773, +237), die glp (446, +110) und die BDP (404, +74).

Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Zuständiger Web

III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 5, Art. 29. Die Geschäftsleitung tagte 2017 6 Mal. Neben den ordentlichen Aufgaben seien insbesondere folgende Themen genannt, mit denen sich die Geschäftsleitung beschäftigte: Zielsetzungen 2017, BEA-Auftritt 2017, Jubiläumsfest 2018, Unterschriftensammlungen (eidg. Referendum Energiegesetz, kant. Referendum Kredit für Asylsozialhilfe), Vorbereitung kantonale Wahlen 2018 inkl. neue Wahlplattform.

Partei Vorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 4, Art. 27, zu. 2017 tagte der Parteivorstand 4 Mal. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäften wurden insbesondere folgende Geschäfte behandelt: Unterschriftensammlungen (s.o.), Regierungstatthalterwahlen, BEA-Auftritt 2017, Jubiläumsfest 2018, SVP-Städteoffensive, Vorbereitung kantonale Wahlen 2018 inkl. neue Wahlplattformen, Festlegung der Soll-Unterschriftenzahlen pro Wahlkreis bei Unterschriftensammlungen.

Delegiertenversammlungen

16. Januar 2017 – Delegiertenversammlung Hotel Weisses Kreuz, Lyss

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration
- Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr
- Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III)

Referat „Die Steuerlandschaft Schweiz und Kanton Bern in Bewegung – ein Überblick (Werner Salzmann)

20. April 2017 – Delegiertenversammlung SOCIET’HALLE, Moutier

Resolution „Pro Berner Jura“

Eidg. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:

- Energiegesetz (EnG)

Kant. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung

- Beschluss des Grossen Rates betreffend den Kredit für die Asylsozialhilfe 2016-2019
- Beschluss des Grossen Rates betreffend den Projektierungskredit für die Verkehrssanierung Aarwangen – Langenthal Nord

Jahresbericht 2016

Finanzen

- Jahresrechnung
- Budget

30. August 2017 – Delegiertenversammlung Tigerraal Iffishalle, Langnau

Nomination Regierungsratswahlen

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung

- Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»)
- AHV-Reform: Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer / Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020

17. Oktober 2017 - Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Belp

Wahlkampfauftakt Grossratswahlen 2018

- Die Ziele der SVP 2018-2022 für ein starkes Bern
- Nomination Grossratskandidierende



Fachkommissionen

Finanzkommission (FiKo)

Im Jahre 2017 tagte die Kommission an fünf ordentlichen Sitzungen jeweils vor der Session. Zudem fand am 10. Oktober eine Sondersitzung statt zur Vorbereitung der November-Session mit Entlastungspaket/Steuerreform 2019 / VA / AFP unter Einbezug der Präsidenten der übrigen Fachkommissionen.

Entlastungspaket/Steuerreform 2019/Voranschlag/Aufgaben- und Finanzplan AFP: Das Jahr 2017 war finanzpolitisch geprägt von dieser Monstradebatte. Ich habe darüber im Berner Journal im Anschluss an die Session einen Artikel verfasst. Zusammengefasst ist festzuhalten, dass es im Bereich der

Steuern für die juristischen Personen kleine Schritte in die richtige Richtung gibt und für die natürlichen Personen weit und breit keine Steuersenkungen in Sicht sind. Weder im Regierungsrat noch im Grossen Rat können Mehrheiten gefunden werden für Massnahmen, welche den Kanton Bern steuerlich nachhaltig weiterbringen würden. Auch bei den juristischen Personen wird der Kanton Bern trotz der geplanten Steuersenkungen im schweizerischen Vergleich noch weiter nach hinten rutschen, wenn alle anderen Kantone ihre angekündigten oder bereits beschlossenen Steuersenkungen durchgezogen haben. Wenigstens eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern konnte vorläufig abgewendet werden. Grösstes Problem im Kanton Bern ist nach wie vor das Ausgabenwachstum, welches seit Jahren deutlich über der Teuerung liegt und nur durch immer höhere Steuererträge finanziert werden kann.

Allgemeine Neubewertung nichtlandwirtschaftliche Liegenschaften: Leider konnte die SVP nicht verhindern, dass der Grosse Rat eine generelle und deutliche Erhöhung der amtlichen Werte auf das Jahr 2020 beschlossen hat. Es ist unverständlich, dass hier andere bürgerliche Parteien und die Mitteparteien nicht geholfen haben, diese indirekte massive Steuererhöhung zu verhindern. Da der Beschluss in der Form eines sogenannten Dekretes gefasst wurde, war dagegen kein Referendum möglich, welches mit Sicherheit ergriffen worden wäre. Die Eigentümer von Liegenschaften, nebst den Autofahrern wie gewohnt beliebte Milchkühe, wenn es um Abgaben und Steuern geht, haben einmal mehr das Nachsehen. Dies trotz einem verfassungsmässigen Auftrag zur Förderung des Wohneigentums.

Initiative „keine Steuergelder für die Berner Reithalle!“: Auch damit hatte die SVP im Grossen Rat keine Chance. Hier ging es darum zu entscheiden, ob diese Initiative für gültig erklärt wird oder nicht. Anstatt sauber juristisch zu argumentieren und abzustimmen, wurde ein rein politischer Entscheid gefällt. Ein Affront gegenüber all jenen, welche die Initiative mitunterzeichnet haben. Die Initiative würde es ermöglichen, auf die Stadt Bern Druck auszuüben, um endlich in der und um die Reithalle gesetzeskonforme Zustände zu schaffen. Nun muss sich das Bundesgericht damit befassen.

Ende der Legislatur/künftige Ausrichtung unserer Fachkommission Finanzen: Mit der Märzsession 2018 geht die Legislatur zu Ende. Für mich ist dies die letzte Session und ich werde somit auch als Präsident der Fachkommission Finanzen der SVP zurücktreten. Raphael Lanz wurde bereits als Nachfolger bestimmt. Ich möchte mich bei all meinen Kolleginnen und Kollegen für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit der letzten Jahre bedanken. Ich wünsche mir, dass unsere Fachkommission sich weiterhin kritisch mit unseren Kantonsfinanzen auseinandersetzt. Die finanziellen Probleme des Kantons Bern und die zu hohe Steuerlast werden weiterhin die Politik prägen. Ich hoffe und bin zuversichtlich, dass die SVP ihre konsequente und einheitliche Linie in der FiKo beibehalten wird.

Andreas Blank, Grossrat, Aarberg

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)

Die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) hat insgesamt elf Plenumsitzungen abgehalten. Folgende Geschäfte wurden zu Händen des Grossen Rates vorbereitet. Das Gesetz zum Übertritt der Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg, unsere Fraktion bedauert, dass keine kantonsinterne Lösung möglich war. In den Abstimmungserläuterungen über den Kantonswechsel von Moutier lag viel Zündstoff für emotionale Diskussionen. Das neue Landeskirchengesetz war an mehreren Sitzungen traktandiert. Viel zu diskutieren, sowohl in der SAK wie auch in der Debatte im Grossen Rat, gab der Übertritt der katholischen Seelsorger zur Pensionskasse Abendrot. Weitere Themen waren strategischer Natur, Evaluation SARZ (Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit, Direktionsreform, Strategie für Stadt und Land). Leider war wenig Wille bei der Regierung spürbar, in diesen Bereichen etwas zu verändern. Ich danke meinen Kommissionsmitgliedern für ihr Engagement in der Kommissionsarbeit, Walter Messerli für das umsichtige Führen der Kommission.

Markus Aebi, Grossrat, Hellsau

Bildungskommission (BiK)

An elf Sitzungen hat die Bildungskommission ihre zugewiesenen Geschäfte zu Händen des Grossen Rates vorbereitet. Unter anderem Kreditgeschäfte, den Bericht zu den Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen im interkantonalen Vergleich, das Projekt der Sonderpädagogik, Berichte der Universität, der Fachhochschulen, der Pädagogischen Hochschule (PH) und der Westschweizer Schulvereinbarungen sowie die Anhörung des Initiativkomitees Lehrpläne vors Volk. Auch das Entlastungspaket der Novembersession stand zur Diskussion.

Durch die politische Zusammensetzung der Kommission verliefen die Diskussionen vielfach kontrovers, aber fair. Es hat sich eingespielt, dass wir bürgerlichen Kommissionsmitglieder eine Vorsitzung mit dem Ziel, die bürgerliche Haltung innerhalb der Kommission zu stärken, organisierten.

In der Septembersession trat die BiK-Präsidentin Elisabeth Zäch als Grossrätin zurück. An dieser Stelle möchte ich Elisabeth für ihre kompetente Kommissionsführung danken. Für sie machte es keinen Unterschied, aus welcher politischen Ecke die Fragen und Voten kamen, stets wurden sie gleich ernst genommen. Infolge des Rücktritts der Präsidentin musste das BiK-Präsidium neu besetzt werden. Aufgrund des Sitzanspruchs der SP wählte der Grosse Rat Roland Näf zum neuen BiK-Präsidenten.

Ausblick: Dies wird mein letzter Rückblick als SVP-interne BiK-Kommissionspräsidentin sein, da ich Ende Legislatur in den „grossrätlichen Ruhestand“ trete. An dieser Stelle danke ich im Speziellen meinen SVP-Kolleginnen und -Kollegen für die konstruktive, offene und engagierte Kommissionsarbeit. In der neuen Legislatur wünsche ich den zukünftigen BiK-Mitgliedern Einsatzbereitschaft und

das nötige Engagement für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik unseres Kantons.

Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz

Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)

In unserer Kommission wurden auch dieses Jahr wieder viele wichtige Themen diskutiert und Beschlüsse dazu gefasst, welche uns alle tangieren werden. So z.B. wechselte man in der Behindertenhilfe mit Unterstützung einer Web-Lösung von der Objekt- zur Subjektfinanzierung, behandelte die Gesamtstrategie des Asyl- und Flüchtlingswesen, das heisst die Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingswesens (NABE).

In der Psychiatrie wurde das Normkostenmodell für die ambulanten Spitalversorgungsleistungen behandelt. Weiter wurden für die Medizin Entscheide über die Versorgungsplanung gemäss Spitalversorgungsgesetz, die ärztliche Weiterbildung der Hausärzte, die interkantonale Beteiligung an der ärztlichen Weiterbildung, eine Praxisbewilligung für Arztpraxen, der Inselvertrag, die Langzeitpflege sowie Palliative Care getroffen und zu guter Letzt über die Anschubfinanzierung des elektronischen Patientendossiers entschieden.

Besonders zu diskutieren gab die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes. Hauptsächlich geht es um 10%, respektive jetzt 8% welche man beim Grundbedarf einsparen will. Das heisst man spricht von 98.- respektive 78.- Franken pro Monat und Person! Auch sollen nicht kooperierenden Sozialhilfeempfängern die Leistungen um bis um 30% gekürzt werden können. Aus unserer Sicht der richtige Entscheid, ein Sozialhilfeempfänger darf Ende Monat nicht mehr zur Verfügung haben als eine Person, welche täglich zur Arbeit geht! Denn Arbeit muss sich lohnen.

Unser Regierungsrat Pierre Alain Schnegg leitet diese wichtige und kostenintensive Direktion in die richtige Richtung, korrigiert, was vorher unter linker Führung Jahrzehnte lang vernachlässigt wurde und trifft klare Entscheide, damit die Betroffenen Gremien und Unternehmen gute Rahmenbedingungen haben.

In wichtigen Entscheiden arbeiten wir mit den anderen bürgerlichen Parteien gut zusammen und erreichen in der Kommission meist die Mehrheit und lenken den Kanton in die richtige Richtung.

Besten Dank unserem Gesundheitsdirektor für die grosse Arbeit und meinen Kommissionsmitgliedern für die gute Mitarbeit.

Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen

Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)

2017 – das Jahr der grossen Kredite

Gestartet ist die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission mit der Vorberatung des Abfallgesetzes, bei dem v.a. die Sanierung der Scheibenstände und Kugelfänge im Kanton Bern für Gesprächsstoff sorgte. Die geplante Schussabgabe für jede verkaufte Patrone in den Schützenvereinen zugunsten der noch nicht sanierten Scheibenstände konnte dank breiter Allianz und Lob-

bying schon in der Vernehmlassung abgewendet werden. Dennoch werden die Gemeinden und Schützenvereine durch eine kleine Abgabe je Tonne auf den Kehrichtabfällen weiterhin unterstützt bei ihren nicht einfachen Arbeiten. Ebenfalls für die März-Session berieten wir den neuen Angebotsbeschluss und den Investitionsrahmenkredit 2018-21 für den Öffentlichen Verkehr im Kanton Bern. Das Angebot wird wegen der stark steigenden Nachfrage ausgebaut. Die Mehrausgaben betragen Fr. 51 Mio. bis 2021 zulasten des Kantons, entsprechend erhöht sich auch der Anteil der Gemeinden.

Der Anteil des Kantons Bern am Rahmenkredit für Investitionen in den ÖV beträgt „nur“ noch 194 Mio. Franken, da die Finanzierung mit FABI anders sichergestellt wird und v.a. Orts- und Agglomerationsprojekte berücksichtigt sind. Für das neu geplante Polizeizentrum Bern Köniz-Juch bewilligte der Grosse Rat auf Antrag der BaK einen Baurechtszins von knapp 1 Mio. Franken pro Jahr.

In der Juni-Session wurde der Standortentscheid zum Campus Bern der Berner Fachhochschule gefällt, mit dem Verpflichtungskredit zum Baurechtszins von knapp Fr. 1.4 Mio. pro Jahr. Der Bezug ist für das Jahr 2025 vorgesehen. Der Neubau des Campus Biel/Bienne aus Schweizerholz ist 2022 bezugsbereit. Für diesen Neubau sind Fr. 233.5 Mio. bewilligt, mit einem Baurechtszins von 603'000 Franken pro Jahr. Gegen das Tramprojekt Bern – Ostermündigen Linie 10, als Ersatz zum Busbetrieb, wurde erfolgreich das Referendum ergriffen, die Urnenabstimmung findet im März 2018 statt. Der Neubau des Rindviehstalls am Inforama Rütli, Zollikofen kann realisiert werden, so dass für die landw. Ausbildung auf Ende 2018 wieder zeitgemässe Infrastruktur zur Verfügung steht.

Im Herbst 2017 erhitzte die Beratung des Kantonalen Energiegesetzes KEnG die Gemüter, voraussichtlich wird nach der 2. Lesung im März 2018 der Hauseigentümerverband des Kantons Bern HEV das Referendum ergreifen. Es geht um Einschränkungen, Heizungsersatzmöglichkeiten und unverhältnismässige Auflagen, den Gebäudeenergienachweis, Eigenstrom bei Neubauten, die uns SVPlern sauer aufstossen, aber in allen anderen Fraktionen Minderheiten haben.

Ein grosses und wichtiges Projekt im Hochwasserschutz, Langete Huttwil – Madiswil, wurde ohne Gegenstimmen genehmigt, dank perfekter Vorarbeit der vier beteiligten Gemeinden.

Ausblick 2018: Der Start ins neue Jahr ist mit der 2. Vorberatung zum KEnG, der Umfahrung Wilderswil, dem Ausbau Bolligenstr. Bern, dem Projektionskredit Neubau Campus Bern und dem Architekturwettbewerb für den Bildungscampus Burgdorf sehr interessant und herausfordernd.

Hans Jörg Rügsegger, Grossrat, Riggisberg und die Kommissionsmitglieder der SVP, Vizekommissionspräsident Geri Fischer, Hans Rösti, Lars Guggisberg, Christian von Känel. Besonders bedanke ich mich bei den Ersatzmitgliedern Hugo Kummer und Willy Marti, die den gesundheitlichen Ausfall eines unserer Mitglieder freundlicherweise und unkompliziert übernahmen. Herzlichen Dank.

Hans Jörg Rügsegger, Grossrat, Riggisberg

Sicherheitskommission (SiK)

Die Sicherheitskommission hat sich an mehreren Sitzungen mit den wichtigsten Geschäften der Polizei- und Militärdirektion befasst. Die Hauptthemen waren die Geschäfte im Asylbereich und wir von der SVP haben wie immer sehr viele Verbesserungsvorschläge eingebracht. Meistens werden wir aber von den anderen Fraktionen im Stich gelassen, was zu einem enormen Anstieg der Kosten im Asylwesen führt. Darum haben wir zum Asylsozialhilfekredit von 105 Millionen Franken das Referendum ergriffen. Am 21. Mai 2017 konnte die Bevölkerung darüber befinden. Das Resultat hat uns deutlich gezeigt, dass die SVP sehr nahe am Puls der Bevölkerung politisiert: Der Kredit wurde mit 54.3% Nein-Stimmen deutlich abgelehnt.

Die Sicherheitskommission besteht aus 17 Mitgliedern, 7 SVP, 4 SP, 2 EVP und je einem Vertreter der Grünen, FDP, EDU und GLP. Hier einige Geschäfte, welche von unserer Kommission behandelt wurden:

Vorberation von Geschäften zu Handen des Grossen Rates

- Bei der Werterhaltung des Sicherheitsfunknetzes Polycom 2030, welche den Kanton Bern rund 40 Millionen Franken kostet, haben wir uns mit wenig Begeisterung für die Zustimmung zum Kredit entschieden. Weiter haben wir das Bürgerrechtsgesetz beraten. Das geltende KBüG datierte aus dem Jahre 1996 und musste auch aufgrund der Einbürgerungsinitiative der JSVP überarbeitet werden.
- Bei Einbürgerungen konnten Verschärfungen eingebracht werden.
- Ebenfalls wurde ein Beitrag von 13 Millionen Franken an das Schweizerische Kompetenzzentrum für Justizvollzug angenommen.
- Das Justizvollzugsgesetz mit den thematischen Schwerpunkten „Umgang mit Personendaten, Videoüberwachung mit Aufzeichnung“ sowie „Höchstdauer von Arrest“ wurde ebenfalls von der SiK vorberaten.

Kollege Werner Moser wurde in unserer Kommission als neues Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch als Ersatz von Christian Hadorn gewählt.

Nach der verlorenen Volksabstimmung des 105 Millionen-Franken-Asylsozialhilfekredites hat der Regierungsrat überhaupt keine Anstrengungen gemacht, den Volksentscheid umzusetzen. Es wurde absolut nichts unternommen, um dem Volksentscheid gerecht zu werden. Vielmehr hat man uns verschiedene gesplittete Kredite vorgelegt, welche natürlich im Parlament gegen den Willen der SVP eine Mehrheit gefunden haben.

Der Regierungsrat will von den vom Souverän beschlossenen 105 Millionen Franken lediglich 5.4 Millionen Franken Einsparungen vornehmen, was ganz klar nicht dem Volkswillen vom 21. Mai 2017 entspricht.

Eines der grossen Legislaturziele unserer Kommission war die Beratung der Totalrevision des Polizeigesetzes. Die Revision mit rund 200 Artikeln wurde in unserer Kommission an drei Tagen beraten. Im Polizeigesetz werden neu die Abgeltung der Kosten von den Gemeinden und die Kosten von gewalttätigen De-

monstrationen geregelt. Die Beiträge der Gemeinden werden neu pauschalisiert. So lässt sich der administrative Aufwand der Polizei verringern.

Wir von der Sicherheitskommission haben auch beantragt, dass Fahrende bei illegaler Grundstückbesetzung weggewiesen werden können.

Mit über 70 Anträgen versuchten die Ratslinken, im Polizeigesetz den Täterschutz zu lockern. Sämtliche Anträge konnten aber mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt werden und unsere Polizei bekommt ab 2019 das revidierte Polizeigesetz zur Anwendung.

MERCI Hans Rudolf Schweizer: Ich möchte mich bei Kollege Hansruedi Schweizer, der nicht mehr zur Wiederwahl in den Grossen Rat antritt, für seine Arbeit und Unterstützung in der Sicherheitskommission ganz herzlich bedanken. Lieber Hansruedi, ich wünsche Dir für Deine Zukunft alles Gute und viel Zufriedenheit.

MERCI für die Kommissionsarbeit: Ich bedanke mich recht herzlich bei den Mitgliedern der Sicherheitskommission Andreas Burren, Sabina Geissbühler, Etienne Klopfenstein, Werner Moser, Hans Rudolf Schweizer, Peter Studer und den Ersatzmitgliedern Andrea Gschwend und Christine Gerber für die angenehme Zusammenarbeit.

Thomas Knutti, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

SVP Frauen Kanton Bern

Es ist ein Dauerthema bei uns SVP Frauen: Wie ermutigen wir unsere engagierten Kolleginnen, sich nebst der wertvollen Arbeit im Hintergrund auch für öffentliche Ämter auf kommunaler und kantonaler Ebene zur Verfügung zu stellen?

Im vergangenen Jahr haben wir dazu einen Motivationsanlass mit unserer Zürcher Nationalrätin Natalie Rickli organisiert. Etwa 30 interessierte Frauen haben sich Anfang April im Berner Rathaus getroffen, um sich von der beliebtesten Nationalrätin der Schweiz motivieren zu lassen, sich für politische Ämter zur Verfügung zu stellen. Offensichtlich ist der Funke übergesprungen, denn auf unseren Grossratslisten finden sich mit 55 Kandidatinnen so viele Frauen wie schon lange nicht mehr.

Den grössten öffentlichen Auftritt hatten wir am 1. Mai an der BEA. Unsere „Redlete“ mit den Köpfen der Mandatsträgerinnen hat beim Publikum grossen Anklang gefunden. So haben wir unser Ziel – den ganzen Tag über eine möglichst grosse Menschenmenge vor dem Stand zu versammeln – erreicht. Ich danke an dieser Stelle nochmals allen Regierungsstatthalterinnen, Nationalrätinnen, Grossrätinnen, meinen Vorstandskolleginnen und freiwilligen Helferinnen, die zum Gelingen dieses BEA-Tages beigetragen haben.

Erstmals haben wir während der Septembersession statt eines Mittagessens mit den Grossrätinnen einen Morgenkaffee organisiert. Wir werden dies so beibehalten, da unsere Grossrätinnen am Morgen vor Sessionsbeginn flexibler sind als am Mittag.

Ein Höhepunkt war natürlich auch aus unserer Sicht die Nominationsdelegiertenversammlung im Oktober in Belp.

Wir haben die Kandidatinnen im November zu einer Wahlkampfeschulung eingeladen, dieser haben immerhin über 20 Frauen Folge geleistet. Themen waren unter anderem der Umgang mit den sozialen Medien, der Einsatz von Give-aways, persönliches Auftreten usw.

Ich wünsche allen Kandidatinnen viel Erfolg und hoffe, dass wir den Frauenanteil in unserer Grossratsfraktion weiter steigern können.

Der Vorstand der SVP Frauen hat sich zu drei Sitzungen getroffen. Aktuell sind die Wahlkreise und Parlamente durch folgende Frauen vertreten: Petra Wyss (Präsidentin/Seeland), Liliane Huguenin (Vize-Präsidentin/Mittelland Süd), Alike Panayides (Geschäftsführerin/Mittelland Nord), Nadja Pieren (Nationalrätin/Emmental), Madeleine Amstutz (Fraktionspräsidentin Grosser Rat/Thun) Marlène Geiser (Mittelland Nord), Brigitta Wyss (Oberland). Noch immer fehlen uns Vertreterinnen aus dem Oberaargau und der Stadt Bern. Es wäre schön, wenn diese beiden Wahlkreise ebenfalls wieder im Vorstand vertreten wären.

Petra Wyss, Präsidentin, Aarberg

JSVP Kanton Bern

Junge SVP Kanton Bern reorganisiert sich und gewinnt vor dem Berner Stimmvolk erneut!

Nach äusserst erfolgreichen 12 Jahren traten Nationalrat und Parteipräsident Erich Hess (Bern) sowie Grossrat und Vizepräsident Patrick Freudiger (Langenthal) an der Hauptversammlung der Jungen SVP Kanton Bern vom 4. April 2017 zurück. Erich Hess und Patrick Freudiger hinterlassen eine Partei, welche so stark wie nie zuvor ist – weshalb ihnen die Junge SVP Kanton Bern zu grossem Dank verpflichtet ist. Es ist den Schreibenden, Adrian Spahr (Lengnau) und Nils Fiechter (Frutigen), eine ausgesprochen grosse Ehre, die Junge SVP Kanton Bern im Co-Parteipräsidium zusammen mit der neu gewählten Vizepräsidentin, Stadträtin Sandra Schneider (Biel), seither führen zu dürfen. An der Hauptversammlung der Jungen SVP Kanton Bern wurden ebenfalls die restlichen Vorstands- und Parteileitungsposten neu organisiert und mit neuen, kompetenten Gesichtern besetzt. In der Parteileitung amtieren neu Benjamin Schmid (Lyss) als Generalsekretär, Janosch Weyerermann (Bern) als Kassier sowie Dominik Dummermuth (Lyss) als Chef Werbung/Anlässe/Aktionen. Die neue Parteiführung hat sich zum Ziel gesetzt, die national bekannte Qualität der Jungen SVP Kanton Bern künftig mindestens aufrechtzuerhalten und gar zu steigern. Ein Hauptziel der Jungen SVP Kanton Bern lautet u.a., die SVP Kanton Bern mit neuen Mitgliedern, knackigen Ideen und guten politischen Vorschlägen zu stärken.

Im Frühjahr 2017 entschied der Grosse Rat des Kantons Bern nach einer politisch motivierten Scheindebatte und in einer noch nie dagewesenen Ignoranz

gegenüber dem Berner Stimmbürger, dass die kantonale Volksinitiative «Keine Steuergelder für die Berner Reithalle» ungültig sei. Dies liess sich die Junge SVP Kanton Bern nicht gefallen und reichte beim Bundesgericht daher eine Stimmrechtsbeschwerde gegen den Kanton Bern ein. Seither ist es in der Verantwortung des Bundesgerichts, darüber zu entscheiden, ob dem Polit-Establishment unbequeme Forderungen künftig einfach so unter den Teppich gekehrt werden können, oder aber dem Willen von über 17'000 mündigen Stimmbürgern Rechnung getragen wird. Es stellt sich die Frage, ob sich nun endlich der gesamte Kanton zur Reithallenproblematik äussern darf. Wir hoffen deshalb, dass das Bundesgericht dem undemokratischen Handeln des bernischen Grossen Rates einen Riegel schiebt.

Leider ist das eben angesprochene undemokratische Handeln des Grossen Rates längst kein Einzelfall mehr. Es zeichnet sich ab, dass sich der Grosse Rat – ähnlich wie das nationale Parlament – über klare Volksentscheide hinwegsetzt. Die Junge SVP Kanton Bern reichte zusammen mit den SVP- und EDU-Mitgliedern der Sicherheitskommission des Grossen Rates Ende Januar 2017 das Referendum gegen den überrissenen Asylsozialhilfekredit in Höhe von 105 Millionen Franken ein. Nach einer intensiven Abstimmungsschlacht wurde der Kredit vom Berner Stimmbolk erfreulicherweise mit 54.3% abgelehnt. Dies war eine schallende Ohrfeige an die Adresse der Berner Classe Politique und ihren Vertretern, welche den hart arbeitenden Steuerzahler schon lange haben fallen lassen.

Die Junge SVP Kanton Bern wird sich in Zukunft auch weiterhin mit voller Konsequenz für die Anliegen der einfachen Bürger einsetzen und ihren Blick nun insbesondere auf die Steuer- und Sozialpolitik des Kantons Bern werfen. Dort besteht nämlich mächtig Handlungsbedarf – weshalb es von uns diesbezüglich noch einiges zu hören geben wird!

Nils Fiechter, Frutigen, und Adrian Spahr, Lengnau, Co-Präsidenten

SVP Senioren Kanton Bern

Die HV vom 9. Mai 2017 wurde von über 60 Personen besucht und stand im Zeichen des Präsidentenwechsels. Rudolf Graf, Aarwangen, hatte 2004 zusammen mit Gleichgesinnten die SVP Senioren Kanton Bern gegründet. Nach 13 Jahren als Präsident hat er nun sein Amt an den bisherigen Vizepräsidenten Ulrich Iseli, Madiswil, übergeben. Für sein grosses Engagement und seine grossen Verdienste wurde Rudolf Graf zum Ehrenpräsidenten ernannt. Bethli Küng, Saanen, wurde als neue Vizepräsidentin bestimmt und anstelle des ebenfalls langjährigen protokollierenden Sekretärs Alois Wirth wurde Peter Dubach, Rüegsauschachen, neu in den Vorstand gewählt.

An der HV orientierte Kantonalpräsident Werner Salzmann über aktuelle Themen in der kantonalen und eidg. Politik. Im Anschluss daran stiess das Referat von Regierungsrat Pierre Alain Schnegg auf grosses Interesse. Er informierte kompetent mit einer Auslegeordnung über seine Eindrücke und den aktuellen

Stand in der Gesundheits- und Fürsorgedirektion und anschliessend über die daraus von ihm aufgestellten Visionen, Strategien und Ziele für die Zukunft.

Im Hinblick auf die eidg. Volksabstimmung zur Reform der Altersvorsorge 2020 haben wir Ende August zu einem Informationsanlass nach Belp eingeladen. Mit den beiden Nationalräten Jürg Grossen, neuer Präsident der GLP Schweiz (pro), und Thomas de Courten, SVP, Vizepräsident der Kommission für soziale Sicherheit (kontra), wurde das komplexe Thema kontradiktorisch und kompetent behandelt. In der Konsultativ-Abstimmung wurde die Vorlage auch durch die SVP-Senioren grossmehrheitlich und in der Folge auch durch das Schweizer Stimmvolk mit 52,7 % abgelehnt.

Im Vernehmlassungsverfahren zur Altersreform hatten wir von den SVP Senioren bereits im März 2014 darauf hingewiesen, dass nach unserer Meinung das Reformpaket überladen werde und die Vorlage so nicht mehrheitsfähig sei. Wir hatten damals vorgeschlagen, dass die Vorlage in separate Pakete für die 1. und 2. Säule aufgeteilt werden sollte. Nach dem Scheitern der Mammutreform hat dies nun auch der Bundesrat erkannt, indem er beabsichtigt, in einem ersten Schritt die AHV zu sanieren und die Probleme der 2. Säule erst später anzugehen.

Im Dezember 2017 haben wir allen Grossratskandidatinnen und -kandidaten unserer SVP ein günstiges Angebot zur Wahlunterstützung auf unserer Homepage www.svp-senioren.ch unterbreitet. Von diesem Angebot haben bis Ende Jahr weit über 20 Personen Gebrauch gemacht.

Die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten hat sich trotz der Abgänge durch Tod und hohen Alters erfreulicherweise um über 20 auf 326 Personen erhöht. Wir danken allen bisherigen für ihre Treue und heissen alle neuen herzlich willkommen.

Den Mitgliedern des Vorstandes danke ich für die konstruktive und engagierte Mitarbeit.

Ulrich Iseli, Präsident, Madiswil

Landesteile

Jura bernois

2017, une année noire pour le Jura-bernois ; une année marquée au fer rouge pour chaque membre de l'UDC du Jura bernois ! Le 18 juin 2017, nous avons perdu une grande bataille : l'entité et l'union de notre région. L'UDC, seul parti véritablement anti séparatiste, a eu fort à faire contre une armée autonomiste soutenue par un Etat de combat, avide de colonisation, mais s'est battu corps et âme, apportant tout son soutien à une juste cause. Les membres du bureau de campagne ont utilisé les moyens à disposition pour gagner ce combat, mais rien n'était assez fort pour contrer la manipulation autonomiste.

Plusieurs recours ont néanmoins été déposés, avec une issue encore incertaine. Entre le doute, la fatigue et le sentiment d'impuissance, il est toutefois difficile de se projeter dans un futur serein. Ce qui est certain, c'est qu'avec ce résultat, aussi étriqué soit-il, c'est la première fois que la population prévôtise se désolidarise du canton de Berne, et qui plus est pour un scrutin qu'elle n'avait pas elle-même demandé. Ceci nous rappelle l'action de nos aînés qui avaient déjà pressenti le danger et qui avaient tenté de l'écartier, comme par exemple avec le dépôt de la motion Blanchard. Le moment venu, en fonction des circonstances, il s'agira de consulter les membres de l'UDC de Moutier, afin d'évoquer l'avenir de la section.

En tant que président, résident de Moutier, je tiens ici à remercier sincèrement mon parti pour son soutien unanime dans notre combat. Nous sommes touchés au plus profond de nos tripes ! Merci à tous les membres qui ont entendu notre appel financier, qui se sont déplacés la fameuse assemblée des délégués de l'UDC du canton de Berne et qui, d'une manière ou d'une autre, nous ont soutenus sans réserve. Un énorme merci aux membres du comité extraordinaire pour le temps passé à coordonner la campagne pour trouver le meilleur moyen de faire entendre nos arguments, réalistes et percutants, mais qui n'ont malheureusement pas suffi à démonter les contre-vérités du camp adverse. Seule l'histoire, j'en reste persuadé, nous donnera raison.



La fin d'année a été marquée par les élections des autorités Tavannoises. Les membres de la section de l'UDC ont effectué un magnifique travail en proposant de très belles listes de candidats, lesquels ont réussi à conserver tous les sièges déjà acquis. Une grande satisfaction a été la non élection d'un maire autonomiste grâce au soutien unanime de l'UDC envers le maire actuel (PLR et nouveau en politique). Nous pouvons espérer un retour d'ascenseur.

Aujourd'hui, nous sommes à l'aube des élections cantonales. Il s'agit pour l'UDC du Jura bernois de confirmer le score remarquable de 2014, voire gagner des suffrages, afin de conforter nos positions acquises de haute lutte. La grande

qualité des listes déposées nous promet une belle réussite, essentielle à la concrétisation de nos idéaux pour les années à venir.

Patrick Tobler, président, Montagne de Moutier

Biel-Seeland

Global gesehen waren USA-Präsident Trump, Nordkoreas Diktator Kim mit seinen Raketentests, die Digitalisierung mit selbstfahrenden Autos und obendrein die me too Debatte die grossen Themen. In der Schweiz war es der Felssturz von Bondo und die grossen Schäden des grossen Frostes im Frühling, welche uns beschäftigten. Auch im schönen Seeland hatten wir einmal mehr ein intensives Jahr. So mussten die Parolen für die Unternehmenssteuerreform III, Nationalstrassen + Agglomerationsverkehrsfonds NAF, die erleichterte Einbürgerung, das Energiegesetz und die Altersvorsorgereform gefasst werden und nicht zuletzt das Referendum zur Asylsozialhilfe erfolgreich durchgesetzt werden.

An fünf Vorstandssitzungen und drei Delegiertenversammlungen waren neben den Tagesgeschäften das Vorbereiten der Wahlen, das heisst Suchen von 52 Grossratskandidatinnen und -kandidaten, Fototermine, Werbung und Thematisieren von Wahlanlässen etc. unsere Aufgaben.

Mit Andreas Thiel in Frienisberg, dem Surchabisabe in Biel, Waldhaustreffen Schüpfen, Podium zur UStR III in Tschugg, Stedtlifest Nidau, Grillabend Bellmund und vielen kleineren Anlässen konnten wir viele Interessierte anlocken. Auch war die SVP Biel-Seeland einen ganzen Tag an der BEA in Bern, wo viele Kontakte gemacht werden konnten. Einen ganz herzlichen Dank all denen, welche mit viel Motivation zu diesen Anlässen beigetragen haben.

Die Mitgliederzahl von 2138 sowie die Finanzen sind stabil.

Im September organisierte ich den Fraktionsausflug nach Magglingen, Neuenstadt und Erlach und konnte somit bei schönstem Herbstwetter allen Fraktionsmitgliedern unser schönes Seeland zeigen.

Was uns im Seeland sonst noch beschäftigt, ist die Zukunft des Inforama Seeland und der Justizanstalt Prêles oder das 150 Jahr Jubiläum der Juragewässerserkorrektion.

Ganz herzlichen Dank meinen Vorstandsmitgliedern für die guten Ideen, die gute Zusammenarbeit und Allen welche uns in irgendeiner Weise unterstützt haben. Ist doch die SVP Biel-Seeland ein gewichtiger Teil der SVP Kanton Bern.

Martin Schlup, Präsident, Grossrat, Schüpfen

Emmental

Das Jahr 2017 stand auch im Emmental im Zeichen der kommenden kantonalen Wahlen. Mit Nationalrätin Nadja Pieren konnte wiederum eine erfahrene und engagierte Wahlkämpferin als Wahlleiterin gewonnen werden. Gemeinsam mit ihrem Team konnte Nadja Pieren 30 KandidatInnen gewinnen und zwei Listen

gestalten. Die langjährigen Grossräte Hugo Kummer und Fritz Reber treten 2018 nicht mehr an. Unter dem Motto «ds Ämmitau isch üs nid Wurst» hat die SVP Emmental den Wahlkampf Ende Jahr gestartet.

Auf kommunaler Ebene hatte die SVP insbesondere in Langnau Erfolg: Zum neuen Gemeindepräsidenten wurde Walter Sutter im ersten Wahlgang souverän gewählt. Zudem zog SVP-Mann Beat Gerber neu in den Gemeinderat ein.

Besonders schmerzhaft für das Emmental war die Schliessung der Papierfabrik Utzenstorf.

Die Sektionen Eggwil und Röthenbach haben fusioniert. Neu im Vorstand der SVP Emmental Einsitz nehmen als Kassier Andreas Gerber, Eggwil, und Michelle Singer, Utzenstorf, als Vertreterin der Jungen. Neu im Vizepräsidium sind Grossrätin Andrea Gschwend und Grossrat Alfred Bärtschi.

Andreas Aebi, Präsident, Nationalrat, Alchenstorf

Oberaargau

Die SVP Oberaargau beschäftigte sich im Jahr 2017 vor allem mit den eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen sowie mit den kommenden Grossratswahlen 2018 im Kanton Bern.

Regierungsrats- und Grossratswahlen 2018: Die SVP Oberaargau nominierte anlässlich der Delegiertenversammlung vom 7. September 2017 insgesamt vier Kandidatinnen und acht Kandidaten für die Grossratswahlen 2018 im Kanton Bern. Mit Patrick Freudiger und Samuel Leuenberger treten zwei bisherige Grossräte wieder zur Wahl an. Ziel ist es, mindestens die vier bisherigen Sitze zu verteidigen und den Wähleranteil von 34.6% aus den Wahlen 2014 halten zu können. Die Kandidierenden haben sich bereits im November (Glatte Märit Langenthal) wie auch in Huttwil (Altjahrmärit) der Bevölkerung präsentiert.

Für die Regierungsratswahlen 2018 unterstützt die SVP Oberaargau neben den beiden bisherigen Kandidaten der SVP (Christoph Neuhaus, Pierre Alain Schnegg) auch die bürgerlichen Kandidaten der FDP (Philippe Müller) und der BDP (Beatrice Simon). Es ist enorm wichtig, die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat halten zu können.

Eidg. Abstimmungen 2017: Das Stimmvolk konnte im 2017 über insgesamt sieben eidg. Vorlagen abstimmen. Die Delegierten der SVP Oberaargau beschlossen zu jeder Vorlage vorgängig anlässlich einer Delegiertenversammlung die Parole. Die Parole der SVP Oberaargau stimmte bei vier von sieben Abstimmungen mit dem Abstimmungsergebnis überein, was einer «Erfolgsquote» von 57% entspricht. Erfreulicherweise hat das Stimmvolk die Vorlagen zur Altersvorsorge 2020 inkl. Erhöhung MWST abgelehnt.

Kant. Abstimmungen 2017: Die Stimmbürger des Kantons Bern stimmten im 2017 über zwei Vorlagen ab. Die Parole der SVP Oberaargau stimmte bei beiden Vorlagen mit dem Abstimmungsergebnis überein. Erfreulicherweise wurde

die für unsere Region wichtige Vorlage zum Projektierungskredit Verkehrssanierung Aarwangen – Langenthal Nord angenommen. Mit diesem «JA» wurde eine Hürde zur Realisierung der Umfahrung Aarwangen – Langenthal Nord genommen, die definitive Projektfreigabe wird dann wohl schlussendlich wieder von den Stimmbürgern beschlossen.

Delegierten- und Hauptversammlung der SVP Oberaargau: Die Delegierten der SVP Oberaargau trafen sich im Jahr 2017 zu drei Delegierten- und einer Hauptversammlung. Schwerpunkte der Versammlungen waren die oben erwähnten Ereignisse. Die SVP Oberaargau kann immer wieder namhafte Referentinnen und Referenten anlässlich dieser Versammlungen begrüßen und dankt allen für ihr Engagement.

Weitere Veranstaltungen der SVP Oberaargau: Im Mai 2017 hat die SVP Oberaargau das Angebot der Kantonalpartei zur Betreuung des SVP-Standes an der BEA 2017 (1 Tag) angenommen. Anlässlich dieses Tages wurde vor allem für die oben erwähnte Vorlage zur Verkehrssanierung Aarwangen – Langenthal Nord geworben.

Im November 2017 waren die Sektionspräsidentinnen und -präsidenten zur 10. Präsidentenkonferenz mit Gastreferent Albert Rösti, Präsident SVP Schweiz, in Bleienbach eingeladen.

Der Verwaltungskreis Oberaargau umfasste per 01.01.2018 insgesamt 46 Gemeinden. Es bestanden 26 SVP-Sektionen, welche in 31 Gemeinden aktiv waren. Im Weiteren zählt die SVP Oberaargau 30 Direktmitglieder.

In fünf Vorstandssitzungen wurden die Geschäfte der SVP Oberaargau behandelt, beraten und verabschiedet.

Christian Hadorn, Präsident, Ochlenberg
Daniel Amacher, Sekretär, Attiswil

Bern-Mittelland

2017 kam es im Vorstand der SVP Bern-Mittelland zu einem personellen Wechsel. Der als Präsident der SVP Mittelland-Süd zurückgetretene Grossrat Ueli Augstburger wurde ersetzt durch seinen Nachfolger, Grossrat Andreas Burren. Ich danke Ueli für die sehr gute und angenehme Zusammenarbeit und begrüsse Res herzlich im Kreis des Vorstands. Zu diskutieren gaben hauptsächlich Geschäfte der Regionalkonferenz Bern-Mittelland sowie regionale Geschäfte im Grossen Rat. Die ordentliche Delegiertenkonferenz fand Anfang April statt.

Die vor drei Jahren ins Leben gerufene Arbeitsgruppe Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM hat im vergangenen Jahr zweimal getagt – jeweils rund einen Monat vor den Regionalversammlungen im Juni und im November. Die Gruppe konnte im Berichtsjahr erfreulicherweise erweitert werden durch Mike Bürki (Riggisberg), Beni Marti (Belp) und Mani Waibel (Münchenbuchsee), die in ihren Gemeinden als Gemeindepräsidenten gewählt wurden. Wie bisher wurden die weiteren an den Regionalversammlungen teilnehmenden SVP-Gemeinde-

vertreter nach den Treffen mit Informationen bedient. Die Bemühungen der Arbeitsgruppe haben sich bewährt und werden in gleicher Form weitergeführt.

Erfreulicherweise stellt die SVP ab 2018 mit Mike Bürki in der Geschäftsleitung der RKBM den Vizepräsidenten. Leider ist unsere Partei im Gremium aber weiterhin mit lediglich einer Vertretung deutlich untervertreten. Wir werden weiter auf eine bessere Vertretung hinarbeiten.

Zum Schluss meines Rückblicks auf das vergangene Jahr ist es mir ein grosses Anliegen, meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen und allen weiteren Parteikameraden zu danken, die sich im vergangenen Jahr in den Dienst der SVP Bern-Mittelland gestellt haben. Besonderer Dank gebührt allen aktiven Parteivertreterinnen und -vertretern und Vorstandsmitgliedern auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene für ihren wertvollen und unermüdlichen Einsatz für eine gute Sache.

Lars Guggisberg, Präsident, Grossrat, Kirchlintach



Thun

Höhepunkt des Jahres 2017 war die Durchführung der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 26. August mit den vorgängigen Vorstandssitzungen in Thun und Steffisburg. Unter der Verantwortung von Grossrat Samuel Krähenbühl engagierten sich zahlreiche Mitglieder der SVP Wahlkreis Thun für sehr gelungene Anlässe. Als Wahlkreisverband war es uns dennoch eine grosse Freude, unserem schweizerischen Parteipräsidenten Albert Rösti eine Heim-Delegiertenversammlung organisieren zu können.

In personeller Hinsicht gilt es zu erwähnen, dass unser Nationalrat Adrian Amstutz nach sechs sehr erfolgreichen Jahren als Präsident der Bundeshausfraktion seinen Rücktritt erklärte. In seiner Amtszeit errang unsere Partei einen zweiten Bundesratssitz und die SVP-Fraktion wuchs auf rekordverdächtige 74 Mitglieder an. Seine Gradlinigkeit, Offenheit und Ehrlichkeit wie auch sein Durchsetzungsvermögen kamen ihm bei dieser sehr anspruchsvollen Aufgabe zugute. Unsere Vertretung im Grossen Rat erfuhr durch den Rücktritt von Ueli Jost eine Veränderung. Ueli Jost, der sich auf seiner Homepage als alt Grossrat, Gross-

vater, Sänger, ehemaliger Unternehmer und Feuerwehrmann bezeichnet, politisierte während vielen Jahren auf kommunaler Ebene in Thun und auf kantonaler Ebene. Der Wahlkreisverband schätzt sich glücklich, dass Ueli Jost auch in der laufenden Grossratskampagne im Hintergrund viele Arbeiten übernimmt. Ihm folgte als neuer Grossrat der Arzt und Klinikdirektor Carlo Schlatter nach.

Auch in unserem Vorstand kam es zu Veränderungen. Nach sieben Jahren engagierter Tätigkeit trat Fabian Bader als Sekretär zurück. Für seine Nachfolge konnte Renate Schwendimann gewonnen werden. Weiter wurde unser Vorstandsmitglied Elsbeth Sterchi durch Klaus Münger ersetzt.

Schliesslich soll an dieser Stelle auch an die vier Sessionsrückblicke unserer National- und Grossräte erinnert werden, die in Sigriswil, Seftigen, Steffisburg und Thun stattfanden und wie üblich gut besucht waren.

Dem Präsidenten ist es ein grosses Anliegen, allen Vorstandsmitgliedern, allen Sektionspräsidenten, allen Behördenmitgliedern und überhaupt allen Parteimitgliedern für die grosse, teilweise jahre- und jahrzehntelange Mitarbeit und Unterstützung der SVP zu danken, ohne die eine derart breite Verankerung und Abstützung unserer Partei im Wahlkreis Thun undenkbar wäre.

Yves Bichsel, Präsident, Uetendorf

Oberland

Die eidg. Volksabstimmung vom 12. Februar über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration wurde gegen die Parolen der SVP mit 60.4% angenommen. Ebenfalls wurde die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr mit 61.9% angenommen.

Für etwas mehr Gespräche hat die Volksabstimmung über die Unternehmersteuerreform III gesorgt. Diese Steuerreform wurde trotz einer riesengrossen Kampagne von Economiesuisse überraschend mit 59.1% abgelehnt.

Das grosse Engagement unserer Partei war die Volksabstimmung zum Referendum über die Energiestrategie 2050, welche praktisch nur von der SVP so richtig bekämpft wurde und leider bei der Stimmbevölkerung die Unterstützung von 58.1% der Stimmbürger erhielt. Wir haben uns ebenfalls für die Ablehnung stark engagiert mit einem Podium in Aeschi, welches von Parteipräsident Albert Rösti und der Grünen Nationalrätin Regula Rytz bestritten wurde.

Einen grossen Erfolg konnte die SVP beim kantonalen Referendum „NEIN zu zusätzlichen 105 Asylmillionen“ erzielen. Trotz des sehr grossen Widerstandes von sämtlichen Parteien wurde der Kredit mit 54.3% deutlich abgelehnt. Natürlich sehr zur Freude der SVP, weil im Oberland die Ablehnung der Asylmillionen in verschiedenen Gemeinden mit über 80% Neinstimmen erfolgte.

Am 24. September erfolgten noch weitere wichtige Abstimmungen. Der Gegenvorschlag zur Ernährungsinitiative wurde mit 78.7% angenommen. Bei dieser Abstimmung wurde unsere Landwirtschaft sehr stark geschwächt und es wird mit den „grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen“, welche jetzt in der Verfassung verankert sind, negative Auswirkungen haben. Bedenklich ist aus meiner Sicht, wie sich der Bauernverband aufgeführt hat und die Volksinitiative zurückgezogen hat.

Knapp abgelehnt wurde die Reform über die Altersvorsorge 2020 mit 52.7%. Die Altersvorsorge ist momentan eine der grössten Baustellen in Bundesbern und bei der Bevölkerung auf dem 1. Platz im Sorgenbarometer. Mit 70 Franken mehr für Neurentner wollte man die ungerecht gezimmerte Reform von Bundesrat Berset dem Volk schmackhaft machen.

Hauptversammlung vom 3. Mai in Spiez: Im Restaurant Möve in Faulensee fand unsere Hauptversammlung statt. Die Versammlung hat Marianna Bütschi aus Frutigen zur Wahlleiterin für die Grossratswahlen vom 25. März 2018 bestimmt. Ebenfalls haben sich die Delegierten für drei Listen ausgesprochen, um möglichst viele SVP-Stimmen abzuholen. Die Versammlung hat sich auch über eine mögliche Alterslimite für Mandatsträger unterhalten. Die Einführung einer Alterslimite müsste neu in den Statuten festgelegt werden. Es wurde jedoch vom Begehren abgesehen, für das Oberland eine Sonderlösung zu gestalten.

Unser Sekretär Thomas Dummermuth hat nach verschiedenen Unstimmigkeiten in der Geschäftsleitung demissioniert. Wir konnten neu Roger Rügger für dieses Amt als Sekretär gewinnen. Leider musste Roger uns aus beruflichen Gründen schon wieder verlassen und wir haben dieses Amt vakant. Die Vorbereitungen für die Grossratswahlen verliefen sehr gut. Die Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten erwies sich jedoch erneut als sehr schwierig und wir müssen uns bei den nächsten Wahlen wohl über eine andere Listengestaltung unterhalten.

Regierungsstatthalterwahlen 2017: 2017 wurden ebenfalls unsere Regierungsstatthalter neu gewählt. Nach 21 Jahren im Amt wurde unser Statthalter Christian Rubin aus seinem Amt entlassen und kann in den wohlverdienten Ruhestand eintreten. Die SVP konnte im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental das Amt mit Ariane Nottaris in stiller Wahl neu besetzen. Ebenfalls in stiller Wahl wurde Michael Teuscher für den Verwaltungskreis Obersimmental-Saanen bestätigt.

Ich wünsche den genannten Persönlichkeiten für ihre Zukunft viel Glück, gute Gesundheit und natürlich im Namen der SVP herzlichen Dank für den grossen Einsatz zu Gunsten unserer Täler und der Bevölkerung. Im Verwaltungskreis Interlaken-Oberhasli sollte dringend angestrebt werden, den verlorenen SVP-Sitz zurück zu gewinnen.

Die Kreisverbände und Sektionen als wichtiges Element: Für den Wahlkreis Oberland sind die Kreisverbände nach wie vor von grosser Bedeutung. Besonders bei kommunalen Wahlen ist die Vernetzung der Unterverbände sehr wichtig, um das Netzwerk optimal auszunutzen. Die Arbeit in den Sektionen und das Werben von neuen Mitgliedern sind sehr wichtige Elemente für unsere Partei.

Die Mitgliederbestände müssen in unserer Region unbedingt erhöht werden. Das Gewinnen von jungen, interessierten SVP-Mitgliedern darf nicht vernachlässigt werden. Wie jedes Jahr waren unsere Sektionen an Märkten vertreten und haben für unsere Partei gute Werbung gemacht.

SVP ist in den Gemeinden erfolgreich: Auf kommunaler Ebene ist die SVP im Oberland in vielen Exekutivämtern vertreten. Dank dieser Vernetzung können wichtige Anliegen kantonal und via nationale Politik gemeinsam beeinflusst werden. In diversen Gemeinden fanden letzten Herbst Gemeindewahlen statt, erfreulicherweise konnten die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP sehr erfolgreich abschneiden und somit viele Sitzgewinne verbuchen. In sämtlichen Gemeinden wurde hervorragende Arbeit geleistet vor- und während den Gemeindewahlen.

Herzliches Dankeschön: Ich bedanke mich bei Nationalrat Erich von Siebenthal für seinen Einsatz in Bundesbern und das Organisieren der Anlässe «d SVP bi de Lüt» in den Verwaltungskreisen des Oberlands. Bei den Grossräten und unserer Grossrätin für die Arbeit im kantonalen Parlament; unseren Sektionen und Gemeinderäten für die Arbeit in den Gemeinden. Bei der Geschäftsleitung für die angenehme Zusammenarbeit und den Kreisverbänden für ihren Einsatz. Ein grosses MERCI geht an die «Einpacktruppe», welche sich immer wieder, manchmal auch sehr kurzfristig, zur Verfügung stellt, um Versände an unsere Mitglieder einzupacken. Ich hoffe, wir können auch im 2018 gemeinsam viele gemütliche, politische Stunden verbringen. Ich bedanke mich bei allen für die gute Zusammenarbeit.

Thomas Knutti, Präsident, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft

Obergericht

Im vergangenen Jahr ist Obergerichter Georges Greiner (SVP) zurückgetreten. An seine Stelle hat der Grosse Rat Christoph Hurni (glp) gewählt, der sein Amt am 1. März 2017 antrat. Bereits am 1. Januar 2017 nahm Jürg Bähler (SP) seine Tätigkeit auf, nachdem er im Vorjahr für die zurückgetretene Danièle Wüthrich-Meyer (SP) gewählt worden war. Schliesslich wählte der Grosse Rat im November des Berichtsjahrs Daniel Gerber (SVP) als Nachfolger von Obergerichter Christian Trenkel (parteilos), der im Jahr 2018 zurücktritt. Damit ist die SVP am Obergericht gemäss Parteienproporz nur noch mit 0,2 Stellen untervertreten. Als Ersatzrichter wurden neu Judith Hofstetter (Grüne) und Christoph Horisberger (parteilos) gewählt. Die Untervertretung der SVP beträgt hier nunmehr 1 Stelle. Der Generationenwechsel in der Zivil- und Strafjustiz ist in vollem Gang und erfordert verstärkte Anstrengungen in der Nachwuchsförderung.



Im Berichtsjahr bewegten sich die Fallzahlen an den Zivilkammern des Obergerichts etwa im Bereich des Vorjahres, während am Handelsgericht eine starke Zunahme zu verzeichnen war. Nach dem Rücktritt von Oberrichter Greiner und Oberrichterin Wüthrich-Meyer ist das Handelsgericht neu mit den Oberrichtern Daniel Bähler (SP, Vizepräsident), Christian Josi (SVP, Präsident) und Marcel Schlup (SVP, Vizepräsident) besetzt. An den Strafkammern nahmen die Eingänge gegenüber dem Vorjahr um fast 20 Prozent zu. Diese Verfahren werden zudem aufwändiger, weil das Bundesgericht verlangt, dass bestimmte Beweismassnahmen vor Obergericht noch einmal wiederholt werden.

An den Regionalgerichten nahm im Zivilbereich der Arbeitsaufwand in familienrechtlichen Verfahren zu, wozu das neue Kindesunterhaltsrecht beiträgt, das die Festsetzung eines Betreuungsunterhalts vorschreibt, ohne eine Berechnungsmethode festzulegen. Die uneinheitlichen Praxen kantonsintern, aber auch schweizweit sorgen für Verunsicherung, was sich in einem Rückgang der Verfahren mit vollständiger Einigung niederschlägt. Nach wie vor als erfolgreich erweisen sich die Schlichtungsbehörden, die in rund 85% der Fälle eine gütliche Lösung herbeiführen.

Die Zivil- und Strafrichterbarkeit weist im Berichtsjahr einen Gesamtaufwand von CHF 90,9 Millionen (Vorjahr CHF 89,8 Mio.) und Gesamterträge von CHF 28,0 Millionen (Vorjahr CHF 27,8 Mio.) auf, was gegenüber dem Vorjahr zu einem um CHF 0,8 Millionen schlechteren Ergebnis von CHF 62,9 Millionen führt (Vorjahr CHF 62,0 Mio.). Das Budget von CHF 63,8 Millionen wurde allerdings um CHF 0,9 Millionen unterschritten.

Die Gesamtevaluation der Justizreform (Schlussbericht Ecoplan vom 27. Mai 2016) definierte verschiedene Handlungsfelder für mögliche Reformen. Nicht aufgeworfen wurde die Grundsatzfrage, ob die Justizverwaltung mit ihren drei

Produktgruppen Zivil- und Strafrichterbarkeit, Verwaltungsgerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft sowie mit der darüber angesiedelten Justizleitung effizient organisiert ist. Diese Organisationsform, die vier Verwaltungsapparate mit entsprechendem Koordinationsaufwand bedingt, hat ihren Preis und verdient mittelfristig eine eingehende politische Bewertung.

Christian Josi, Oberrichter, Hünibach

Verwaltungsgericht

Im Laufe des Geschäftsjahrs 2017 sind beim Verwaltungsgericht 1'465 (Vorjahr: 1'652) neue Fälle eingegangen, 1'627 (1'596) Fälle wurden erledigt und 780 (942) auf das Folgejahr übertragen. Im Verwaltungsrecht (deutsch und französisch, ohne individuelle Sozialhilfe) ist die Zahl der Neueingänge mit 354 (372) gegenüber 2016 um 4,8 Prozent gesunken (2016 Zunahme von 1,6 %). Im Sozialversicherungsrecht (deutsch und französisch, einschliesslich individuelle Sozialhilfe) hat die Zahl der neu eingegangenen Fälle mit 1'111 (1'280) gesamthaft sogar um 13,2 Prozent abgenommen (2016 Zunahme von 9,7 %). Diese Rückgänge ermöglichten es den Abteilungen, Pendenzen abzubauen und die teilweise beträchtlichen Verfahrensdauern weiter zu verkürzen.

Bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit steht einem Aufwand von insgesamt CHF 15'404'255 ein Ertrag von CHF 1'194'442 gegenüber. Der Aufwand fällt damit um CHF 836'967 tiefer und der Ertrag um CHF 130'158 tiefer aus als veranschlagt. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit schliesst damit gegenüber dem Voranschlag (voraussichtlich) mit einem positiven Saldo von knapp 5 Prozent ab.

Für den auf Ende Februar 2018 altershalber zurücktretenden Verwaltungsrichter Walter Matti (SP) hat der Grosse Rat Erik Furrer (parteilos) an die sozialversicherungsrechtliche Abteilung gewählt.

Das Verwaltungsgericht besorgt neben dem Kerngeschäft – der Rechtsprechung – auch die Vorbereitung seines Budgets sowie die Rechnungsführung, den Rechnungsabschluss und die damit verbundene Berichterstattung. Es ist weiter verantwortlich für die Aufsicht über die übrigen verwaltungsunabhängigen Justizbehörden, d.h. über die Steuerrekurskommission, die Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die Enteignungsschätzungskommission sowie die Bodenverbesserungskommission. Zudem wurde das Verwaltungsgericht weiterhin stark durch die Justizleitung beansprucht, zumal der Präsident auch im Berichtsjahr zugleich als deren Vorsitzender geamtet hat.

Auch gegenüber der Justiz ist leider eine gewisse Verrohung des Umgangstons bis hin zu Drohungen gegenüber Sekretariatspersonal und Richtern feststellbar. Das führt dazu, dass kurzfristig Sicherheitsdispositive zur Verfügung gestellt und Massnahmen getroffen werden müssen, um die Sicherheit der Mitarbeitenden gewährleisten zu können. Für die Abteilungssekretariate, das Generalsekretariat und den Hausdienst bedeutet dies einen beträchtlichen Mehraufwand.

Die Leiterteile des Verwaltungsgerichts werden in der Zeitschrift «Bernische Verwaltungsrechtsprechung» (BVR) abgedruckt. Diese enthält die autorisierte

Entscheidungssammlung des Verwaltungsgerichts sowie gelegentlich Anmerkungen zu den abgedruckten Urteilen und Aufsätze zum bernischen Verwaltungsrecht. Praktisch sämtliche Entscheide des Gerichts sind zudem im Internet aufgeschaltet unter www.vg-urteile.apps.be.ch/tribunapublikation

Thomas Müller, Verwaltungsrichter, Riggisberg

Generalstaatsanwaltschaft

Eines der Themen, das für die Staatsanwaltschaft neben ihrer Kerntätigkeit der Strafverfolgung im Fokus stand, betraf die Revision der Strafprozessordnung (StPO). Damit die Strafverfolgungsbehörden die Strafverfahren unverzüglich an die Hand nehmen und diese ohne unbegründete Verzögerungen zum Abschluss bringen können, bedürfen sie eines Prozessrechts, das ihnen die dazu zweckmässigen Instrumente unter angemessener Wahrung der Parteirechte an die Hand gibt. Am 1. Dezember 2017 hatte der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zu der vom Bundesparlament geforderten Gesamtrevision der StPO gestartet. Dies überrascht, zumal die StPO sich in der Praxis grundsätzlich bewährt hat. Die eilige und teils wenig differenzierte Kritik an diesem Werk nach nur sieben Jahren Praxisbildung erscheint befremdlich und der Ruf nach einer Gesamtüberprüfung als verfrüht. Es wäre wünschenswert gewesen, die Debatte konsequent auf vereinzelte, diskussionswürdige Fragen zu beschränken.

Bei der Generalstaatsanwaltschaft fielen im Berichtsjahr erneut die interkantonalen Gerichtsstandsverfahren zahlenmässig am meisten ins Gewicht. Hier war mit 1'849 Verfahren der höchste Wert seit je zu verzeichnen. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr entspricht 15,1 %, was eine deutlich spürbare Mehrbelastung der spezialisierten Mitarbeiterinnen zur Folge hatte. Ebenfalls eine deutliche Zunahme haben die Beschwerdevernehmlassungen (8,8 %) und die Rechtshilfegeschäfte national und international (8,2 %) erfahren. In den übrigen Bereichen des Kerngeschäfts kann hingegen von einer stabilen Entwicklung auf hohem Niveau gesprochen werden.

Der Trend, der seit 2013 mit ständig zunehmenden Belastungszahlen festzustellen ist, fand auch im Berichtsjahr, wenngleich nur moderat, seine Fortsetzung. Der Wert des Vorjahres mit 120'254 Anzeigen wurde um 1'579 Anzeigen übertroffen. Im Vergleich zu den letzten im Rahmen der Dotationsanalyse ausgewiesenen Werten des Jahres 2013 bedeutet dies eine Steigerung um 17'715 Anzeigen (16,0 %). Entsprechend ist das Massengeschäft gewachsen: Die Strafbefehlsverfahren nahmen um 524 (0,6 %) zu. Im Vergleich zur Dotationsanalyse entspricht das einer Differenz von 13'819 Verfahren. Die Einsprachequote zeigt sich mit 5,3 % leicht tiefer, was für die Praxistauglichkeit des Strafbefehls spricht. Die Zunahme der gestützt auf meist komplexere Sachverhalte zu eröffnenden Untersuchungen betrug 5,0 %, wobei die Zunahme insbesondere in den Regionen, also nicht im spezialisierten Bereich, erfolgt ist. Ein Grund dafür dürfte auch in den neuen Bestimmungen zur Landesverweisung (Art. 66a ff. StGB) liegen, denn diese führten zu einem deutlichen Mehraufwand für die Verfahrenserledigung in Form von zusätzlichen 176 Untersuchungen, von Einsetzun-

gen amtlicher Verteidigungen, von der Anordnung von Zwangsmassnahmen (Untersuchungshaft), von geringerer Geständnisbereitschaft, von der Zunahme von Beweisanträgen und letztlich von einer durchwegs geringen Bereitschaft für abgekürzte Verfahren. Die Anzahl der eingereichten Anklagen schliesslich nahm um 8,1 % zu.

Die Staatsanwaltschaft wies im Berichtsjahr gegenüber dem Budget einen Mehraufwand von rund Fr. 1,3 Millionen (1,6 %) aus, der sich innerhalb der Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft (JUS) kompensiert lässt. Hauptgrund für den Mehraufwand bildeten höhere Aufwendungen namentlich im nicht beeinflussbaren Bereich des Vollzugs von Schutzmassnahmen und Strafen der Jugendanwaltschaft.

Christof Scheurer, stv. Generalstaatsanwalt, Bern

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung (GL)

Präsident:	Werner Salzmann, Mülchi
Vizepräsidenten:	Manfred Bühler, Cortébert Christoph Peter, Bârau Käthi Wälchli, Obersteckholz
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsidentin	Madeleine Amstutz, Sigriswil
Präsidentin SVP Frauen:	Petra Wyss, Aarberg
Weitere Mitglieder der GL:	Walter Brog, Innertkirchen (bis 03.09.) Gerhard Fischer, Meiringen Rudolf Friedli, Bern Raphael Lanz, Thun Lukas Lanzrein, Thun

Parteivorstand (PV)

Mitglieder der Geschäftsleitung (s.o.)

Regierungsmitglieder:	Christoph Neuhaus, Belp Pierre Alain Schnegg, Champoz
Eidg. Parlamentarier:	Andreas Aebi, Alchenstorf Adrian Amstutz, Sigriswil Manfred Bühler, Cortébert Andrea Geissbühler, Bâriswil Erich J. Hess, Bern Nadja Pieren, Burgdorf Albert Rösti, Uetendorf Erich von Siebenthal, Gstaad

Vertreter Fachkommissionen:

Markus Aebi, Hellsau (Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen)

Andreas Blank, Aarberg (Finanzkommission)

Martin Schlup, Schüpfen (Gesundheits- und Sozialkommission)

Hans Jörg Rüeegsegger, Riggisberg (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission)

Thomas Knutti, Weissenburg (Sicherheitskommission)

Käthi Wälchli, Obersteckholz (Bildungskommission)

Vertreter der Jungen SVP: Erich J. Hess, Bern (bis 04.04.)
Nils Fiechter, Frutigen (ab 04.04.)

Vertreter SVP Senioren: Rudolf Graf, Aarwangen (bis 09.05.)
Ulrich Iseli, Madiswil (ab 09.05.)

Präsidenten Wahlkreisverbände:

Andreas Aebi, Alchenstorf
Ueli Augstburger, Gerzensee
Yves Bichsel, Uetendorf
Rudolf Friedli, Bern
Christian Hadorn, Ochlenberg
Thomas Knutti, Weissenburg
Martin Schlup, Schüpfen
Hans Rudolf Schweizer, Utzigen
Patrick Tobler, Montagne de Moutier

Präsidenten kant. Wirtschaftsverbände

Peter Brand, Münchenbuchsee (HEV)

Weitere Mitglieder:

Martin Baltisser, Bremgarten
Thomas Fuchs, Bern
Lars Guggisberg, Kirchlindach
Donat Schneider, Diessbach b. Büren

Grossratsfraktion

Aebi Markus, Hellsau	Jost Ueli, Thun (bis 31.05.)
Aebischer Verena, Riffenmatt	Klopfenstein Etienne, Corgémont
Amstutz Madeleine, Sigriswil	Knutti Thomas, Weissenburg
Augstburger Ueli, Gerzensee	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg
Bärtschi Alfred, Lützelflüh	Kummer Hugo, Burgdorf
Benoit Roland, Corgémont	Lanz Raphael, Thun
Berger Christoph, Aeschi	Leuenberger Samuel (ab 01.11.)
Bichsel Daniel, Zollikofen	Marti Willy, Kallnach
Blank Andreas, Aarberg	Messerli Walter, Interlaken
Brand Peter, Münchenbuchsee	Moser Werner, Landiswil
Burren Andreas, Mittelhäusern	Müller Mathias, Orvin
Fischer Gerhard, Meiringen	Müller Moritz, Bowil
Freudiger Patrick, Langenthal	Reber Fritz, Schangnau
Fuchs Thomas, Bern	Rösti Hans, Kandersteg
Geissbühler Sabina, Herrenschwand den	Ruchti Fritz, Seewil
Gerber Christine, Detligen	Rüegsegger Hans Jörg, Riggisberg
Graber Anne-Caroline, La Neuveville	Rufener Thomas, Langenthal
Graber Samuel, Horrenbach	Schlatter Carlo, Thun (seit 01.06.)
Gschwend-Pieren Andrea, Oberburg	Schlup Martin, Schüpfen
Guggisberg Lars, Kirchlindach	Schneider Donat, Diessbach
Hadorn Christian, Ochlenberg (bis 30.09.)	Schweizer Hans Rudolf, Utzigen
Hebeisen Annegret, Münchenbuchsee	Speiser Anne, Zweisimmen
Hofer Stefan, Bern	Sutter Walter, Langnau
Iseli Jürg, Zwieselberg	von Känel Christian, Lenk
	Wälchli Käthi, Obersteckholz
	Wyss Fritz, Wengi

Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2017)

Mitglieder des Parteivorstandes

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Jolanda Brunner, Spiez
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/Grossrat, Bern
Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin, Oberburg
Miriam Gurtner, Konolfingen
Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg
Gabriel Lüchinger, Generalsekretär SVP CH, Herzogenbuchsee (ex officio)
Helena Morgenthaler, Langenthal
Aliko M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf
Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf (ex officio)
Werner Salzmänn, Nationalrat, Mülchi (ex officio)
Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)
Michael Waber, Worb

Mitglieder der Parteileitung

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf (ex officio)
Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf
Gabriel Lüchinger, Generalsekretär SVP CH, Herzogenbuchsee (ex officio)
Werner Salzmänn, Nationalrat, Mülchi (ex officio)
Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)

Mitglied des Parteileitungsausschusses

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf (ex officio)
Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Regierungsmitglieder

Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Belp
Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- u. Fürsorgedirektor, Champoz

Parteisekretariat

Aliko M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär, Bern
Jasmin Jakob, Alleinsekretärin, Neuenegg

Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“

Werner Aebischer, Präsident, Guggisberg
Käthi Wälchli, Vizepräsidentin, Obersteckholz
Hans Ueli Salzmänn, Sekretär, Oberburg

Christian Rubin, Kassier, Aeschi b. Spiez
Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin

Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern

Andrea Gschwend-Pieren, Präsidentin, Grossrätin, Oberburg

Thomas Fuchs, Grossrat, Vizepräsident, Bern

Markus Steiner, Kassier, Fraubrunnen

Mathias Müller, Grossrat, Beisitzer, Orvin

Gerhard Fischer, Grossrat, Vertretung der Parteileitung, Meiringen

Beratend:

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin SVP, Ostermundigen

Jean-Michel With, Finanzverantwortlicher SVP, Belp

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei den Verlust folgender verdienter Exponenten zu beklagen.

Christian Brawand-Imboden, alt Grossrat, Grindelwald, vertrat die SVP Kanton Bern von 1987 bis 1994 im Grossen Rat. Während Jahren hatte er sich auch in diversen Kommissionen auf Gemeindeebene, als Feuerwehrkommandant und als Präsident des Kurvereins Grindelwald, des EHC Grindelwald und des Schwingclubs Grindelwald engagiert.

Paul Graf, alt Grossrat, Ursenbach, vertrat die SVP Kanton Bern von 1978 bis 1994 im Grossen Rat. Zuvor setzte er sich als Gemeindepräsident für die Anliegen der Bevölkerung ein und war in vielen Verbänden, Institutionen und Arbeitsgruppen tätig.

Andreas Sägesser-Zehnder, alt Grossrat, Huttwil, vertrat die SVP Kanton Bern von 1998 bis 2006 im Grossen Rat und hatte sich zuvor bereits als Gemeinderat für das Wohl der Bevölkerung eingesetzt. Er blieb der Politik auch nach seiner Zeit im Grossen Rat treu und war ein engagierter Delegierter der SVP Kanton Bern und der SVP Schweiz.

Hans von Känel-Rüegsegger, alt Grossrat, Aeschi, vertrat die SVP Kanton Bern von 1979 bis 1982 im Grossen Rat. Zuvor hatte er sich bereits als Gemeinderat und als Gemeindepräsident für die Belange der Bevölkerung engagiert.

V. Schlusswort der Geschäftsführerin

Die Wahlen und Abstimmungen sind 2017 nicht ganz alle wie erhofft ausgefallen, dennoch war es ein Jahr, in dem auch Anlass zum Feiern bestand. Selber durfte ich das 20jährige Jubiläum im Dienst der Partei auf verschiedenen Stufen feiern, viel wichtiger aber ist das 100jährige Jubiläum der Bierhübeli-Rede unseres Parteigründers Ruedi Minger. Sein Öl-Portrait im Büro ist noch heute tagtäglich Inspiration und Ansporn für das Parteisekretariat, das Beste für die Partei und damit den Kanton zu geben.

Es wäre schön, wenn die Mitgliederzahlen so leicht wachsen würden wie die Zahl der Follower, Likes und Views im virtuellen Netz-Leben. Leider bleibt es Knochenarbeit, die Leute zu überzeugen, nicht nur abstimmen und wählen zu gehen, sondern sich auch mit einem Mitgliederbeitrag und allenfalls sogar mit aktiver Arbeit für die SVP und ihre Werte zu engagieren. Immerhin geht es allen Parteien gleich, es ist also nicht so, dass man nicht zur SVP stehen will. Es geht nicht um das Image dieser oder jener Partei, sondern um die Verpflichtung, die man in Zeiten des steigenden Stress‘ und der beruflichen und privaten Herausforderungen nicht auch noch eingehen will. Das waren noch Zeiten, als man Parteiarbeit noch während der Büro-Präsenzzeit erledigen konnte, und am Feierabend die Ehefrau froh war, wenn der Ehemann an einer Parteiversammlung auswärts noch das politische Hobby pflegte, oder – um politisch korrekt zu sein – auch umgekehrt.

Bei Sponsoring-Anfragen ist es ja vielleicht auch einfach nur eine Ausrede, wenn mit dem Nein auf die politische Neutralität verwiesen wird. Dabei fragt man sich als Geschäftsführerin dann doch, ob die betroffenen Branchen dann bei ihren wirtschaftspolitischen Anliegen auf die Linke zählen.

Auch die Medienlandschaft ist in Umbruch, darauf stellen auch wir uns immer mehr ein. Die Medienkonferenz zu 100 Jahre Bierhübeli-Rede war dank der Jungen SVP live im Internet mitzuverfolgen. In der damaligen Zeit der Bierhübeli-Rede entstand die „Berner Zeitung“ als SVP-Blatt. Heute spricht man von journalistischer Neutralität und die SRG ist mit No Billag im Kreuzfeuer. Der Gegenpol zur SRG sind aber nicht nur private Sender, sondern insbesondere ausländische Fernsehstationen und allem voran eben das Internet und wir alle als Produzenten. Immer häufiger erfahren wir Neuigkeiten schneller über Social Media-Portale als über die klassischen Nachrichtenkanäle. Das hat Folgen, für die Journalisten, aber auch für die politische Arbeit. Der Weg zum E-Voting dürfte nicht mehr weit sein. Aber noch ist es nicht so weit. 2017 haben wir noch an den üblichen Prospekten und Stimmzetteln gefeilt, die es 2018 dann bei den kantonalen Wahlen braucht.

Aliki Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

Die Partei in Zahlen

Sektion	Bestand 21.02.2017	Bestand 09.02.2018	Veränderung
Allmendingen	27	25	-2
Bolligen	118	115	-3
Bremgarten b. Bern	27	28	+1
Diemerswil	19	19	0
Ferenbalm	69	64	-5
Fraubrunnen	131	137	+6
Frauenkappelen	22	25	+3
Gurbrü	36	40	+4
Ittigen	43	42	-1
Jegenstorf-Münchringen	77	76	-1
Kirchlindach	81	79	-2
Kriechenwil	22	14	-8
Laupen	33	35	+2
Mattstetten	24	22	-2
Meikirch	59	62	+3
Moosseedorf	77	75	-2
Mühleberg	93	89	-4
Münchenbuchsee	164	163	-1
Münchenwiler	16	17	+1
Muri-Gümligen	91	89	-2
Neuenegg	203	200	-3
Ostermundigen	52	50	-2
Stettlen	37	37	0
Urtenen-Schönbühl	69	68	-1
Vechigen	180	193	+13
Wohlen b. Bern	113	112	-1
Worb	186	171	-15
Zollikofen	83	87	+4
Mittelland-Nord	2'152	2134	-18
Arni	27	27	0

Belp	166	164	-2
Biglen	75	71	-4
Bowil	44	46	+2
Gelterfingen	9	0	-9
Gerzensee	74	74	0
Grosshöchstetten	49	46	-3
Guggisberg	32	33	+1
Kaufdorf	20	18	-2
Kehrsatz	26	25	-1
Kiesen-Oppligen	47	46	-1
Kirchdorf	87	84	-3
Köniz	183	189	+6
Konolfingen	151	150	-1
Landiswil	56	55	-1
Linden	53	53	0
Münsingen	63	70	+7
Oberbalm	39	34	-5
Oberdiessbach	71	67	-4
Oberthal	18	18	0
Riggisberg	81	80	-1
Rüeggisberg/Längenberg	113	110	-3
Rüscheegg	32	30	-2
Schwarzenburg	92	89	-3
Thurnen	26	27	+1
Toffen	62	58	-4
Walkringen	45	42	-3
Wichtrach	108	101	-7
Zäziwil	62	64	+2
Mittelland-Süd	1911	1871	-40
Aarberg	104	95	-9
Aegerten-Brügg	13	12	-1
Bellmund	16	18	+2
Biel / Bienne	90	96	+6
Bütigen	27	28	+1

Bühl	12	12	0
Büren a. Aare	87	84	-3
Dotzigen	44	46	+2
Epsach	17	17	0
Erlach	57	52	-5
Grossaffoltern	53	57	+4
Grosses Moos	31	31	0
Ins	139	135	-4
Ipsach	27	27	0
Jens	32	24	-8
Jolimont	74	80	+6
Kallnach	46	46	0
Kappelen	50	54	+4
Lengnau	69	70	+1
Lyss-Busswil	135	132	-3
Meinisberg	21	22	+1
Müntschemier	58	57	-1
Nidau	22	22	0
Oberwil b. Büren	46	47	+1
Orpund	56	59	+3
Pieterlen	46	48	+2
Port	37	36	-1
Radelfingen	69	69	0
Rapperswil	81	80	-1
Safnern	51	44	-7
Schüpfen	104	106	+2
Schwadernau	17	15	-2
Seedorf (BE)	136	137	+1
Studen	19	17	-2
Sutz-Lattrigen	9	9	0
Täuffelen	52	43	-9
Treiten	44	43	-1
Twann-Tüscherz-Alfermée	2	3	+1
Walperswil	34	35	+1
Wengi	34	33	-1
Worben	48	44	-4

Einzelmitglied	14	13	-1
Seeland	2'123	2102	-26
Corgémont	19	19	0
Cortébert	13	13	0
Court	16	16	0
Courtelay	2	2	0
La Chauz d'Abel	4	5	+1
La Ferrière	5	5	0
La Neuveville	16	14	-2
Mont-Tramelan	2	2	0
Moutier	53	54	+1
Moutier Diverse	29	30	+1
Nods	1	1	0
Orvin	17	17	0
Péry	11	11	0
Plateau de Diesse	7	7	0
Reconvilier	21	20	-1
Renan	13	13	0
Romont	6	5	-1
Saint-Imier	33	33	0
Sauge	13	13	0
Sonceboz-Sombeval	8	8	0
Sonvilier	7	10	+4
Tavannes	26	25	-1
Tramelan	24	27	+3
Valbirse	22	24	+2
Berner Jura	368	374	+6
Aefligen	37	36	-1
Affoltern i. E.	73	69	-4
Alchenstorf	45	46	+1
Bätterkinden	84	80	-4
Burgdorf	108	107	-1
Dürrenroth	47	48	+1

Eggiwil-Röthenbach	132	115	-17
Ersigen	125	124	-1
Hasle b. B.	89	71	-18
Heimiswil	79	81	+2
Hindelbank	52	52	0
Höchstetten-Hellsau	15	15	0
Kirchberg	85	78	-7
Koppigen	82	84	+2
Krauchthal	96	89	-7
Langnau i. E.	137	137	0
Lauperswil	59	63	+4
Lützelflüh	83	81	-2
Lyssach	64	64	0
Oberburg	160	159	-1
Röthenbach	9	0	-9
Rüderswil	46	41	-5
Rüdtligen-Alchenflüh	35	32	-3
Rüegsau	103	102	-1
Schangnau	75	75	0
Signau	54	51	-3
Sumiswald/Wasen	153	140	-13
Trachselwald	27	27	0
Trub/Trubschachen	68	59	-9
Utzenstorf	104	100	-4
Wynigen	126	123	-3
Zielebach	15	15	0
Emmental	2'467	2364	-103
Aarwangen	128	116	-12
Attiswil	44	42	-2
Auswil	10	10	0
Bleienbach	76	80	+4
Busswil/Melchnau	82	82	0
Eriswil	48	48	0
Gondiswil	22	23	+1

Herzogenbuchsee	96	87	-9
Huttwil	135	136	+1
Langenthal	224	234	+10
Lotzwil	48	47	-1
Madiswil	95	96	+1
Niederbipp	100	100	0
Oberbipp	73	70	-3
Obersteckholz	17	18	+1
Roggwil	92	91	-1
Rohrbach	31	33	+2
Schwarzhäusern	16	20	+4
Seeberg/Hermiswil/Ochlenberg	64	62	-2
Thörigen	54	54	0
Thunstetten	70	69	-1
Ursenbach	32	31	-1
Walterswil	37	37	0
Wangen a. Aare	61	61	0
Wiedlisbach	27	27	0
Wyssachen	33	33	0
Einzelmitglieder	44	32	-12
Oberaargau	1'759	1739	-20
Amsoldingen	37	37	0
Blumenstein	29	0	-29
Buchholterberg-Wachsedorn	77	82	+5
Burgstein	37	30	-7
Gurzelen	25	25	0
Heimberg	74	70	-4
Hilterfingen	35	30	-5
Höfen	40	38	-2
Linkes Zuggebiet - Umgebung	71	67	-4
Oberhofen	59	57	-2
Reutigen	47	47	0
Schwarzenegg-Fahrni	158	158	0

Seftigen	53	53	0
Sigriswil	167	166	-1
Steffisburg	126	112	-14
Thierachern	56	57	+1
Thun	210	212	+2
Uebeschi	28	28	0
Uetendorf	145	146	+1
Uttigen	47	47	0
Wattenwil	81	85	+4
Zwieselberg	11	11	0
Einzelmitglieder	1	1	0
Thun	1'614	1559	-55
Adelboden	52	52	0
Aeschi b. Spiez	85	87	+2
Beatenberg	45	43	-2
Boltigen	34	34	0
Bönigen	29	28	-1
Brienz	64	66	+2
Därstetten/Weissenburg	59	58	-1
Diemtigen	61	61	0
Erlenbach	24	23	-1
Frutigen	201	203	+2
Grindelwald	108	105	-3
Gsteig	23	22	-1
Habkern	33	33	0
Interlaken	74	70	-4
Kandersteg	24	24	0
Lauterbrunnen	30	30	0
Lenk	50	51	+1
Matten	49	53	+4
Oberhasli	128	125	-3
Oberwil i. S.	38	38	0
Reichenbach	77	75	-2
Ringgenberg/Goldswil	53	53	0

Saanen	184	185	+1
Spiez	147	140	-7
St. Stephan	70	73	+3
Unterseen	57	60	+3
Wilderswil	52	49	-3
Wimmis	137	134	-3
Zweisimmen	74	73	-1
Einzelmitglieder	4	4	0
Oberland	2'066	2052	-14
Bern Stadt	370	328	-42
Direktmitglieder Kanton	41	44	+3
Total Kanton Bern	14'871	14567	-309